Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Nissringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Bezug ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung vierteljährl. 4 Wochen vor dem Quartalsschluß, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 30. Juni 1932.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Held oder Blender?

Der Kanzler von Nazi-Gnaden in Lausanne.

SPD. Ob es in Lausanne zum Bruch kommt, ob die Konferenz vertagt wird, oder ob man sich schliesslich doch noch auf irgend ein Kompromiss einigt - einstweilen lässt sich nichts voraussagen. Aber das eine steht fest: wenn die Franzosen nachdrücklich auf ihrer Forderung nach einer deutschen Restzahlung beharren, so ist die merkwürdige Taktik des deutschen Delegationsführers an dieser Hartnäckigkeit mitschuldig.

Herr von Papen ist für ein paar Stunden lang ein nationaler Held gewesen. Allerdings wurde ihm sein Heldentum nur unter gewissen Vorbehalten bescheinigt aber er war doch immerhin der erste deutsche Kanzler, der "endlich nach 13 Jahren die Beseitigung der schmachvollen entehrenden Bedingungen im Versailler Vertrag gefordert hat." Die stolze Rolle war schnell ausgespielt. Sein Heldentum hat sich als ein grosses Missverständnis herausgestellt. Er hat zwar von der Notwendigkeit der Herstellung einer deutschen Gleichberechtigung gesprochen und dabei den Verzicht auf Reparationen und Schuldklausel und die Schaffung de Rüstungsgleichheit im Auge gehabt. Aber als die Vertreter der anderen Regierungen achselzuckend erklärten, dass alle diese Dinge mit dem eigentlichen Thema der Konferenz, der Reparationsfrage, nichts zu tun hätten, war es auch gut, und es wurde weiter verhandelt. "Er zog den Dolch wohl drei Fuss aus der Scheide, Besah die Spitz' und - steckt ihn wieder ein!" Das Ganze war also nicht viel mehr als ein Feuerwerk, abgebrannt, um den nationalistischen Hilfstruppen zu Hause eine Freude zu bereiten. Die stolze Geste besass keinerlei praktische Bedeutung und blieb ohne Folgen.

Das heisst, eine Wirkung hatte sie doch. Die Franzosen gaben zu verstehen dass es mit der deutschen Zahlungsunfähigkeit doch nicht so ernst sein könne, wenn der deutsche Reichskanzler bereit sei, unter gewissen politischen Voraussetzungen Zahlungen - wenn auch unter einem anderen Titel - zu leisten. Wenn nun weiter die Darstellung der "Kölnischen Zeitung" richtig ist, wonach die deutsche Delegation in Lausanne ihren Standpunkt dahin erläutert habe, dass Deutschland sich nach einer Beseitigung der Diskrimination vielleicht in einem noch stärkeren Masse an den für die Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft bestimmten Zahlungen beteiligen könne, dann hätte also Herr von Papen auf die grundsätzliche Ablehnung der Uebernahme weiterer Verpflichtungen überhaupt verzichtet und der Streit würde sich eben nur um die Höhe der Leistungen drehen. Mit dem allen mögen sich die abfinden, die Brüning gestürzt haben, um einen Systemwechsel auch inder auswärtigen Politik herbeizuführen. Nicht zuletzt die Nationalsozialisten, die den Youngplan zerreissen und dem Versailler Vertrag die Anerkennung versagen wollten und die Deutschlands völlige Unabhängigkeit und Freiheit in der denkbar kürzesten Frist wiederherzustellen versprachen.

Aber da sie nach Ausreden suchen und bereit sind, die Schuld auf andere abzuwälzen, sei von vornherein vorgebaut. Schon vor einigen Tagen glaubte

die Berliner "Deutsche Allgemeine Zeitung" ihren Lesern mitteilen zu können, dass die Hartnäckigkeit, mit der Herriot auf der Entrichtung einer Endsumme bestehe, auf einen Druck der sozialistischen Kammerfraktion Frankreichs zurückzuführen sei, die den Ministerpräsidenten habe wissen lassen, sie sei wegen der Einwirkung auf das französische Budget nicht in der Lage, einer Streichung der Tribute zuzustimmen. Das Blatt knüpfte an diese Behauptung die infame Unterstellung, dass der deutsche Zweig der Internationale dabei seine Hand im Spiele habe.

Lügen haben kurze Beine. Am Mittwoch hat der Führer der französischen Sozialistenpartei und ihrer Kammerfraktion Léon Blum im "Populaire" einen Artikel veröffentlicht, in dem er der französischen Regierung lebhafte Vorwürfe macht, dass sie, wenn es schon unmöglich sei, vollständig auf deutsche Zahlungen zu verzichten, nicht ihrerseits die Initiative zu dem Projekt einer Zahlung an die gemeinsame Wirtschaftskasse ergriffen habe. Deutlicher sichtbar konnte das Deutsche Allgemeine Regierungsblatt nicht an den Pranger gestellt werden. Die Verantwortung lässt sich auch beim bösesten Willen nicht verschieben. Es hat sie niemand anders zu tragen als das amtierende Kabinett und die, von deren Gnaden es lebt.

SPD. Dessau, 30.Juni (Eig.Drahtb.)

Am 2. und 3.Juli sollen in Dessau 20 000 uniformierte auswärtige SA-Leute aufmarschieren. Dem Dessauer Oberbürgermeister wurde von dem Nazi-Ministerpräsidenten für die beiden Tage das Kommando über die städtische Polizei entzogen und dem Nazi-Kommandeur die Landespolizei übergeben. Die Leitung der SA darf in den Strassen einen Ordnungsdienst versehen.

Die Leitung der Eisernen Front hat anlässlich des SA-Treffens in einem Aufruf die Parole ausgegeben: Fenster zu und Strassen leer. Alle Angehörige der Arbeiterbewegung werden aufgefordert, sich unbedingt von Zusammenstössen fernzuhalten. Die Verantwortung für den Schutz der der Arbeiterschaft gehörenden Gebäude ist in einer besonderen Unterredung mit den Polizeibehörden der Polizei auferlegt worden.

SPD. Der preussische Minister des Innern hat das von dem Reichsinnenminister geforderte Verbot des "Vorwärts" und der "Kölnischen Volkszeitung" mit dem Bemerken abgelehnt, dass er die "rechtlichen Voraussetzungen" für die Verbote als "nicht gegeben" erachtet. Severing hat zur endgültigen Entscheidung zugleich den zuständigen IV.Strafsenat des Reichsgerichts angerufen und zwar mit dem Antrag, den Erlass der geforderten Verbote für unzulässig zu erklären.

Der preussische Minister des Innern hat seinen Standpunkt zu den Anträgen des Reichsinnenministers in zwei ausführlichen Schreiben begründet. Inbezug auf den "Vorwärts" sagt er darin: "Ich vermag nicht anzuerkennen, dass durch die beanstandeten Veröffentlichungen der Herr Reichspräsident oder die Reichsregierung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht würden; auch sehe ich in diesen Veröffentlichungen keine Gefährdung lebenswichtiger Interessen des Staates durch die Behauptung unwahrer oder entstellter Tatsachen.... Die Darstellung des "Vorwärts" enthält eine sehr scharfe politische Kritik an den Massnahmen der Reichsregierung und des Herrn Reichspräsidenten und soll offenbar die Auffassung derjenigen Kreise wiedergeben, die von den sozialen Einschränkungen in eigener Person betroffen werden und ausserdem politische Gegner der NSDAP sind. Diese scharfe Kritik vom Standpunkt derjenigen Staatsbürger, als deren Sprachrohr der "Vorwärts" als Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei anzusehen ist, kann ich indes noch nicht als Kund-

gebung ansehen, die den Herrn Reichspräsidenten und die Reichsregierung als mit einem sittlichen Makel behaftet hinstellen und sie als der Achtung der Volksgenossen unwürdig erscheinen lassen will..... Dass die Auslassungen in der Zeitung die Hervorrufung von Gewalttätigkeiten der vorbezeichneten Art besorgen liessen, vermag ich umso weniger anzuerkennen, als der auf derselben Seite in der mittleren Spalte oben abgedruckte, bestimmt ernst gemeinte Aufruf "Sozialdemokraten! Republikaner! Bewahret kaltes Blut!" zur Zurückhaltung und zur Unterlassung von Gewalttätigkeiten auffordert."

SPD. Paris, 30.Juni (Eig.Drahtb.)

Die Internationale Petroleumkonferenz, die ursprünglich am Mittwoch in Paris zusammentreten sollte und den Abschluss eines Abkommens mit Russland über die Kontingentierung der russischen Petroleumausfuhr zum Ziele hat, konnte auch am Donnerstag mit ihren Arbeiten noch nicht beginnen, da die russischen Delegierten bisher nicht in Paris eingetroffen sind. Inzwischen haben die übrigen Delegierten untereinander Fühlung genommen und ihre Meinungen über die zur Behandlung stehende Frage ausgetauscht.

SPD. Die Staatspartei wird mit dem Zentrum zur Reichstagswahl Listenverbindung eingehen. Sie wird voraussichtlich dadurch besonders in Erscheinung treten, dass auf die Reichsliste des Zentrums an erster Stelle der frühere staatsparteiliche Finanzminister Dr. Dietrich, der staatsparteiliche Bürgermeister Petersen-Hamburg und der staatsparteiliche Gewerkschaftsführer Ernst Lemmer gesetzt werden.

SPD. Paris, 30.Juni (Eig.Drahtb.)

Die Pariser Donnerstag-Abendblätter sind in der Beurteilung der Lausanne Konferenz weit vorsichtiger, als es die Morgenzeitungen am gleichen Tage waren. Man hält es für wenig wahrscheinlich, so schreibt der "Temps", dass die deutsche Delegation ermächtigt sei, eine Regelung der Reparationsfrage anzunehmen, die nicht eine endgültige darstellt, weil die vorgesehene Regelung von der zukünftigen Zustimmung der Vereinigten Staaten abhängt. Der Havas-Korrespondent berichtet, dass die Donnerstag-Vormittagsitzung des Büros noch zu keinem Beschluss gekommen sei. Es handele sich darum, die Höhe der Summe und die Modalitäten des Abkommens festzulegen. Man bemühe sich einen französisch-englischen Plan aufzustellen, der von den anderen Gläubigern gebilligt werde und den Deutschland dann anzunehmen oder abzulehnen hätte. Der Reichsfinanzminister habe in der Vormittagssitzung wieder ernsthafte Einwände erhoben und es bestätige sich, dass die aus Berlin eingetroffenen Instruktionen die Aufgabe der deutschen Unterhändler erschweren und die Initiative der anderen einschränke.

Der "Paris Soir" schreibt zu der deutschen Bedingung über die Revision der Artikel 5 und 8 des Versailler Vertrages, es handele sich darum, wie weit Frankreich sich auf diese Forderungen einlassen werde. Es scheine, dass sich auf französischer Seite ein gewisser Meinungsumschwung vollzogen habe. Die französische Delegation sei nach den in Lausanne umlaufenden Gerüchten dem Abrüstungsvorschlag Hoovers jetzt günstiger gestimmt. Aber wenn man daraus schliessen wolle, dass Frankreich Deutschland die Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Rüstungen geben werde, gehe man zu weit. Man könne darauf rechnen, dass Herriot nicht schwach werden würde.

Die beiden nationalistischen Zeitungen "Liberté" und "Journal des Débats sind mit Herriot nicht zufrieden. Sie erklären, er habe sich auf eine Kombination eingelassen, aus der nur Ungünstiges für Frankreich herauskommen könne. Sie fordern Herriot auf, endgültig Lausanne zu verlassen.

SPD. Göttingen, 30.Juni (Eig.Drahtb.)

Am Montag-Abend wurden von Nationalsozialisten neun Arbeiter schwer verletzt. Am Donnerstag verübten die beiden SS-Führer Flohr und Andermahr einen Ueberfall auf offener Strasse auf den Sekretär der jüdischen Gemeinde. Die beiden Nazi-Rowdies schlugen den älteren Mann, nachdem sie ihm Mord angedroht hatten, mit einer Anlasserkurbel eines Autos blutig. Der Ueberfallene wurde von Anwohnern in seine Wohnung gebracht. Die Täter entkamen im Auto.

SPD. Der Volksverrat Hitlers ist endgültig entlarvt! Es sind 2 Rundschreiben des sogenannten Deutschen Herrenklubs bekannt geworden, die das letzte Geheimnis der Regierung Papen und ihrer Abmachungen mit Hitler enthüllen. In diesen Dokumenten wird offen dargestellt, dass die Regierung Papen-Schleicher in Wahrheit eine Regierung Schleicher ist, in der der Reichskanzler nur den Mittelsmann zwischen dem eigentlichen Diktator Schleicher und den Ressortministern zu spielen hat. Es wird ferner zugegeben, dass diese Regierung nicht auf einer Volksmehrheit ruht oder hofft, eine Volksmehrheit für sich zu erhalten. Sie stützt sich lediglich auf einen Pakt mit Hitler und auf das, was wie "politisch und gesellschaftlich einflussreiche Kreise im Lande" nennt, mit einem Wort: auf die Kamarilla.

Aber diese Enthüllungen über die innere Struktur dieses Kabinetts treten zurück hinter den Abschlüssen, die über den Pakt zwischen der Regierung der Barone und Hitler gegeben werden. Bisher ist auf das heftigste bestritten worden, dass Abmachungen zwischen Hitler und der Regierung der Barone bestehen. Jetzt wird festgestellt, dass dies Kabinett die ausdrückliche Zustimmung des "Führers" hat, dass es nicht nur von den Nazis toleriert wird, dass feste Abmachungen auch über die Länder und über Preussen zwischen dem Kabinett und Hitler vorliegen.

Die nationalsozialistische Partei hat bisher öffentlich geleugnet, dass sie mit dieser Regierung, ihren Massnahmen und ihren Notverordnungen etwas zu tun habe. Die nationalsozialistischen Behauptungen in dieser Richtung sind nun als schamlose Lügen enthüllt. Die politischen Zusammenhänge zwischen der Begünstigung der nationalsozialistischen Partei und der Notverordnung zwischen der Aufhebung des Uniformverbotes und der Kürzung der Bezüge der Erwerbslosen und der Rentner sind von authentischer Seite damit festgestellt.

Jetzt kann nicht mehr geleugnet werden, dass Hitler und mit ihm seine Partei die volle Verantwortung trägt für den Raub, den die Notverordnung vom 14.Juni an den erwerbslosen Opfern der Krise begangen hat. Hitler trägt die volle Verantwortung für die Kürzung der Renten der Kriegsbeschädigten, der Arbeitsinvaliden, der Witwen und der Waisen. Hitler trägt die volle Verantwortung für die Salzsteuer, für die Umsatzsteuer, für alle volksfeindlichen Massnahmen, die diese Regierung ergriffen hat. Denn diese Regierung wird nicht nur von den Nazis toleriert, sondern sie hat die ausdrückliche Zustimmung des Führers!

Damit ist der Volksverrat Hitlers öffentlich an den Pranger gestellt. Die Hungernotverordnung des Kabinetts der Barone vom 14.Juni wird künftighin deshalb nur noch die Hitler-Notverordnung heissen!

\+ + +

Die beiden Rundschreiben, die an die "politisch und gesellschaftlich einflussreichen" Herrengesellschaften vom Deutschen Herrenklub versandt worden sind, haben folgenden Wortlaut:

Berlin W 9, Friedrich-Ebertstr.15
Fernsprecher Flora A2 1701

8.Juni 1932.

Rundschreiben
Nr. 5/1932.

Anliegend übersende ich eine Auswahl von Pressestimmen, in denen die Bildung der neuen Reichsregierung mit der Arbeit des Deutschen Herrenklubs und des Ringes in Verbindung gebracht wird. Unsere Freunde werden selbst wissen, was an diesen Darstellungen Dichtung und Wahrheit ist. Zum Tatsächlichen ist zu bemerken, dass von den Mitgliedern des neuen Kabinetts der Reichskanzler selbst Mitglied des Direktoriums des D.H.K. ist, und dass sowohl Herr von Braun wie Herr von Gayl ebenfalls Mitglieder des Klubs sind. Reichswehrminister von Schleicher gehört einem mit uns im Gastverkehr stehenden Klub an, und der neue Reichsfinanzminister verkehrt ebenfalls häufiger bei uns.

Unsere Gesamtbeurteilung des Kabinetts von Papen wollen die Herren aus dem Ring entnehmen. Vielleicht interessiert es aber, ausserdem die Rundfunkrede kennenzulernen, die Herr von Gleichen am Abend nach Beendigung des Kabinettsbildung gehalten hat. Ebenso füge ich einen Brief in Abschrift bei, mit dem Herr von Gleichen einem bekannten Publizisten, der zur Zeit im Ausland weilt, seine Beurteilung der Lage geschrieben hat.

Bei den kommenden Reichstagswahlen wird es gerade für die uns nächststehenden Kreise schwierig sein, sich für eine der bestehenden parlamentarischen Parteien zu entscheiden. Um so wichtiger ist die Aufgabe unseres Kreises im Lande Verständnis zu erwecken für die Notwendigkeit und das autonome Recht des jetzt gebildeten Präsidialkabinetts. Eine solche allgemeine Zustimmung schliesst die Kritik an einzelnen Persönlichkeiten ebenso wenig aus, wie sie die weitere geistige Mitarbeit an densachlichen Aufgaben beeinträchtigen darf die dieser Regierung zur Lösung gestellt sind. Angesichts der Wahrscheinlichkeit, dass das Kabinett von Papen-Schleicher in den Wahlen vom 31.Juli voraussichtlich keine tragfähige Mehrheit finden wird, wird die Wirksamkeit politisch und gesellschaftlich einflussreicher Kreise, wie sie die Herrengesellschaften im Lande darstellen, für die Regierung von besonderer Notwendigkeit sein.

Rosenberger.

In der Darstellung des Herrn von Gleichen, die vom 6.Juni datiert, heisst es :

"Ich will unserem Freund Papen nicht zunahe treten, wenn ich ihn vor allem als vermittelnden Vorsitzenden des Kabinetts ansehe, der die Aufgabe hat, auch Interpret der sachlichen Wünsche und Absichten einzelner Ressortminister gegenüber Schleicher zu sein. Schon das vorhergehende Kabinett Brüning war durch die Initiative Schleichers, unter seiner unmittelbaren Mitwirkung gebildet worden. Aber Schleicher hat keine Gewalt über das Kabinett behalten, hat dann seinen Einfluss auf Brüning verloren, demgegenüber er sich auch nicht sachlich zu behaupten verstand. Nachdem Brüning den entscheidenden Fehler gemacht hatte, dem Rate nicht zu folgen, und rechtzeitig den Weg für die Wiederwahl Hindenburgs den nationalen Kreisen gegenüber freizugeben, war seine Abberufung, nicht sein Rücktritt, nur eine Frage der Zeit. Dabei haben die entscheidenden Stellen immer gewollt, dass Brüning in einem neuen Kabinet als Aussenminister wieder erscheint. Da Brüning aber seinen Rücktritt im Zustande der Gereiztheit erklärte, ist die Bitte Hindenburgs, dass er das Aussenministerium weiter übernehmen möchte, von ihm abgelehnt worden.

Das neue Kabinett wird nicht nur von den Nazi toleriert, sondern hat

die ausdrückliche Zustimmung des "Führers". Das neue Kabinett ist auch kein Uebergangskabinett, wie die Presse fälschlich berichtet, sondern wird wohl vom neuen Reichstage, so wie es ist, bestätigt werden. Dafür werden den Nazi die Länder überlassen und es bestehen auch wegen Preussen Abmachungen, d.h. über die Einsetzung eines bewährten Mannes als Ministerpräsident oder als Reichskommissar, Umorganisation der inneren Verwaltung unter starker Mitwirkung der nationalsozialistischen Kräfte.

Zugegeben ist, dass das Ganze ausgesprochene Züge des Improvisierten zeigt. Weiter zugegeben ist, dass das Wirtschaftsministerium durch Warmbold besetzt, eine Belastung bedeutet und dass auch der Ersatz eines politischen Finanzministers durch Graf Schwerin-Krosigk nicht befriedigt. Ich brauche nicht zu bemerken, dass ich Neurath, Gayl und Braun für sehr gut halte. Bedauerlich ist aber der Verzicht auf einen autoritativen Reichspressechef.

Ich bin natürlich auch abwartend, was das praktische Arbeiten des Kabinetts betrifft. Man muss an die Reformen herangehen und hat keinen Mann, der wie Luther, die Konzeption eines umfassenden Planes besitzt und auch die Kraft, ihn durchzusetzen. Aber ich nehme an, dass sich Luther diesem Kabinett gegenüber inhaltlich durchsetzen wird und er hat sich ja bereits durchgesetzt gegenüber dem von Schleicher und den Nationalsozialisten geäusserten Wunsch, ihn durch Schacht ersetzt zu sehen."

SPD. Paris, 30.Juni (Eig.Drahtb.)

Die Kriminalkammer des Kassationshofes hat am Donnerstag-Nachmittag gemäss dem Antrag des Generalstaatsanwalts die Berufung abgelehnt, die der Präsidentenmörder Gorgulow gegen den Beschluss der Anklagekammer wegen zweier Formfehler bei der Voruntersuchung eingelegt hatte. Gorgulow bleibt deshalb des vorsätzlichen Mordes angeklagt und wird von dem Pariser Schwurgericht abgeurteilt werden. Der Prozess dürfte in den letzten Juli-Tagen stattfinden.

SPD. Der Preussische Minister des Innern hat am 29.Juni d.J. zur Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28.Juni und zur Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28.Juni 1932 Verordnungen erlassen, die die Zuständigkeit für das Verbot öffentlicher politischer Versammlungen und für die Beschlagnahme und Einziehung von Plakaten usw. wie folgt regelt :

Zuständig für das Verbot öffentlicher politischer Versammlungen und von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel sowie für die Genehmigung solcher Veranstaltuugen unter Auflagen statt eines Verbots nach § 1 der Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28.Juni 1932 (RGBl.I.S.339) sind in Stadtkreisen und Orten mit staatlicher Polizeiverwaltung die Ortspolizeibehörden, im übrigen die Landräte. Zuständig zur polizeilichen Beschlagnahme und Einziehung von Plakaten, Flugblättern und Flugschriften gemäss § 3 der Verordnung sind ausser den Ortspolizeibehörden auch die Landräte und der Polizeipräsident - Landeskriminalpolizeistelle I - in Berlin. Die Beschlagnahme und Einziehung erstreckt sich auf den Bereich der anordnenden Behörde; wird die Beschlagnahme und Einziehung vom Polizeipräsidenten - Landeskriminalpolizeistelle I - in Berlin ausgesprochen, so erstreckt sich die Wirkung der Massnahme auf das ganze Staatsgebiet.

SPD. Lausanne, 30.Juni (Eig.Drahtb.)

Das Wirtschaftskomitee der Lausanner Konferenz unter dem Vorsitz des belgischen Aussenministers Hymans hat seine Arbeit am Donnerstag abgeschlossen und einen Bericht an die sechs einladenden Mächte fertiggestellt.

In dem Bericht wird die Bildung zweier Kommissionen zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz empfohlen. Die eine Kommission soll Finanzfragen, die andere Wirtschaftsfragen behandeln. Jede der sechs einladenden Mächte soll einen Vertreter in jedes Komitee entsenden. Der Völkerbund soll aufgefordert werden, je drei Vertreter für beide Kommissionen zu bestellen und zwar Mitglieder solcher Länder, die nicht zu den sechs einladenden Mächten gehören. Eine Einladung an die Vereinigten Staaten von Amerika soll ergehen, je ein Mitglied für beide Kommissionen zu ernennen. An Beratungsgegenständen für beide Kommissionen werden vorgeschlagen die Geld- und Kreditpolitik, die Einschränkung des Gold- und Devisenaustausches, die Einschränkung der Zollgrenzen, der Tarife und der Preise. Für den Tagungsort ist kein Vorschlag gemacht

Die Einladung an die Vereinigten Staaten dürfte mit der Abschlusserklärung der Lausanner Konferenz beschlossen werden.

SPD. Die vierte Notverordnung der Papen-Regierung ist da. Es ist der Reichshaushalt, der am Donnerstag durch Notverordnung in Kraft gesetzt wurde.

SPD. Paris, 30.Juni (Eig.Drahtb.)

Die Verwaltungskommission der sozialistischen Partei hat die an die Parteileitung ergangene Einladung, sich auf dem von den Schriftstellern Barbusse und Rollon gemeinsam mit der kommunistischen Partei organisierten internationalen Kongress gegen den Krieg vertreten zu lassen, abgelehnt. Der Kongress soll Ende Juli in Genf abgehalten werden. Zu dem Organisationskomitee gehören nach der "Humanité" auch Heinrich Mann und Professor Einstein.

SPD. Lausanne, 30.Juni (Eig.Drahtb.)

Den Donnerstag über wechselte der Stand der Verhandlungen im Reparationskomitee der Konferenz. In der Nachtsitzung am Mittwoch war man zu einem konkreten Angebot an Deutschland gekommen, das indessen abgelehnt wurde. Auch der Versuch vom Donnerstag-Vormittag und seine Fortsetzung am Nachmittag bis vier Uhr, bei Anwesenheit der Deutschen einen Lösungsversuch zusammenzubringen, führte zu keinem Erfolg. Darauf tagten die fünf Gläubigerländer alleinnt weiter. Um sechs Uhr machte Herriot dem Reichskanzler in seinem Hotel Mitteilung von dem Ergebnis der Beratungen. Nach deutscher Mitteilung war bis Donnerstag-Abend noch kein Vorschlag präsentiert, der die Zustimmung der deutsch Regierung finden könnte.

In einer Nachtsitzung werden die Beratungen fortgesetzt und zwar unter Beteiligung Deutschlands. Herriot fährt am Donnerstag-Abend elf Uhr nach Paris. Er kehrt am Sonnabend-Vormittag wieder nach Lausanne zurück. Diese überstürzte Reise soll mit einem neuen Weg zusammenhängen, den Herriot für die Lösung der Reparationsfrage vorzuschlagen angekündigt hat. Der Reichskanzler beabsichtigt bis mindestens am Sonnabend nach Abschluss der Beratungen in Lausanne zu bleiben. Alle Meldungen über deutsche Angebote werden von der deutschen Delegation dementiert. Es sei überhaupt noch kein Angebot von deutscher Seite gemacht worden. Lediglich habe stets eine Prüfung der Angebote der fünf Mächte stattgefunden.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Pfui, Geldverdienen!

SPD. In der grosskapitalistischen Presse mehren sich die Stimmen, die den Arbeitern erzählen, dass ein öder Geist des Materialismus als Folge der marxistischen Erziehungen der Gewerkschaftsarbeit die Arbeiterschaft ergriffen habe. Unter diesen materialistischen Einflüssen habe die Arbeiterschaft den Begriff der Arbeit entheiligt, sie wisse nicht mehr, dass Arbeit Dienst sei.

Es werden ihr Beispiele vorgehalten. Der Künstler, der in erster Linie nach dem Werk fragt und erst in zweiter Linie nach dem Verdienst, der Gelehrte, der wichtigste wissenschaftliche Arbeit unter der Hand mache, ohne die Absicht des Gelderwerbs, ohne Rücksicht auf seine Arbeitszeit. In der Arbeiterschaft aber, so wird gepredigt, ist der Begriff der Arbeit immer mit Geldverdienen verbunden. Keine Arbeit, die nicht am Lohn gemessen wird und versteht sich am Tariflohn!

Diese Predigt - das ist das wahre Evangelium des Unternehmertums im erwachenden reaktionären Deutschland. Arbeit, die der Arbeiter für den Unternehmer leistet, ist die Hauptsache; wer wird denn gleich nach dem Lohn fragen! Denn der Lohn, so lehrt dies Evangelium, hat mit der Arbeit an sich nichts zu tun. Er ist die Unterstützung, die der Unternehmer dem Arbeiter gewährt, er ist kein Entgelt für Leistungen, er ist vielmehr ein Ausdruck der Menschenfreundlichkeit des Unternehmertums.

Man merkt, dass dies Evangelium im engsten Zusammenhang steht mit jener Propaganda des Arbeitsdienstes, wie sie von den Nationalsozialisten im Auftrag des Unternehmertums betrieben wird. Man erkennt daran, wie weit zurück die Reaktion gehen will. Bisher wurde der Kampf zwischen der Arbeiterschaft und dem Unternehmertum um die Höhe des Lohnanspruches geführt, jetzt denkt das Unternehmertum daran, den Lohn grundsätzlich von der Arbeit und der Leistung abzulösen. Arbeit ist Pflicht, Lohnzahlung dagegen ein Akt der Wohltätigkeit.

Aber dies Evangelium von der Arbeit, die nicht nach dem Lohn fragen darf, verrät mehr von seinen Predigern aus dem Unternehmerlager, als ihnen lieb ist! Dort ist man gewohnt, Arbeit und Geldverdienen streng zu trennen, dort kennt man keine Proportion zwischen Leistung und Lohn. Denn dort verdient man Geld nicht mit Arbeit, sondern auf andere Art und Weise!

Der lackllederne Reitstiefel.

Zu den Leuten, die das System Papen & Co. repräsentieren, gehört der Generalfeldmarschall von Mackensen, die Schaufensterfigur aller reaktionären militaristischen Verbände. Die Haupteigenart dieses Mannes hat Emil Ludwig in seinem neuesten Buch in wenigen Strichen gezeichnet. Er schildert, wie er im Weltkrieg an den Standort des Hauptquartiers der Mackensen-Armee kam und nun auf die Suche nach dem Quartier Mackensens ging. Vor einer Villa sah er einen Offiziersburschen damit beschäftigt, drei Paar lackllederne Reitstiefel auf Hochglanz zu polieren, woraus er schloss, dass er hier richtig sei.

Der Träger dieser immer noch auf Hochglanz polierten lackledernen Reitstiefel hat in diesen Tagen Hannover mit seiner Anwesenheit beehrt. Darüber gibt das Hannoversche Hugenbergblatt den folgenden Hofbericht aus:

"Generalfeldmarschall von Mackensen und seine Gattin unternahmen am Mittwoch im Kraftwagen von Hannover aus einen Ausflug ins Lipper Land. In

Bad Salzuflen folgten sie einer Einladung des Chefs der Hofmannschen Stärkefabrik, Herrn Wilhelm Hofmann, der während des Krieges in nähere Beziehungen zu Mackensen getreten war. Dann ging die Fahrt nach Detmold und von hier aus zum Hermannsdenkmal weiter, das auf den Generalfeldmarschall einen tiefen Eindruck machte."

Wenn Wilhelm auch nicht mehr da ist, so ist doch immer noch sein getreuer Mackensen vorhanden, und mit ihm die lackledernen Reitstiefel, die der wiedererwachende deutsche Untertan allerehrfurchtsvoll ablecken darf. Die Mackensen & Co. werden von den erwachenden Untertanen heute, 14 Jahre nach dem Ende des Krieges, wieder als Repräsentanten der deutschen Nation vorgeführt. Die lackledernen Reitstiefel des Herrn Mackensen passen ausgezeichnet zu jener Reichsregierung, an deren Spitze Herr von Papen steht!

Der Silberfuchs.

Eine Berliner Pelzfirma hatte in ihrem Schaufenster einen lebenden Silberfuchs im Käfig ausgestellt. Sie zog sich damit eine Anzeige wegen Tierquälerei zu und erhielt einen Strafbefehl über 20 Mark, gegen den sie prompt Berufung einlegte. Es kam zu einer ausführlichen Gerichtsverhandlung, in der als Sachverständiger ein Funktionär des Deutschen Tierschutzvereins, ein Major a.D., gehört wurde. Der Major a.D. bemängelte, dass die Masse des Käfigs zu klein gewesen seien und dass das Tier keinen Auslauf gehabt habe. Dass der Fuchs habe leiden müssen, weil er durch die Neugierigen dauernden Beängstigungen ausgesetzt gewesen sei. Dass der Fuchs durch den Anblick der Felle seiner Artgenossen seelisch beeinträchtigt worden sei.

Was doch dieser Major a.D. für eine feine Seele hat! Zu jedem Punkt, den er zugunsten des Fuchses angeführt hat, lässt sich eine Parallele aus seinem eigenen Berufsleben finden! Masse des Käfigs: Sind die Ausmasse der Unterstände in den Schützengräben während des Krieges nicht auch auf ein Minimum bemessen gewesen? Sind die Insassen der Unterstände nicht ebenfalls dauernden Beängstigungen ausgesetzt gewesen? Und schliesslich: Wenn ein gefangener Fuchs durch den Anblick der Felle seiner Artgenossen seelisch beeinträchtigt und gequält wird, muss man dann Menschen, die ihre Freunde und Kameraden im Stacheldraht ein elendes Ende finden sehen, nicht ebenfalls zugestehen, dass sie gequält werden?

Wir möchten wohl hören, wie der Herr Major a.D., Funktionär des Deutschen Tierschutzvereins, sein Gutachten gestalten würde, wenn es sich nicht um die Anklage der Tierquälerei, sondern um die Anklage der Menschenquälerei gegen den Krieg handelt!

Ludendorffiana.

Ludendorffs "Volksworte" hat eine neue Entdeckung zu verzeichnen. Sie glaubt herausgefunden zu haben, dass um den Tod des Philosophen Fichte ein Geheimnis besteht:

"Dieser bekannte Mann, der erste Rektor der Berliner Universität, gefeiert und geliebt von den Deutschen, sehr gefürchtet von allen Feinden des Deutschtums, stirbt im Januar 1814. Man höre und staune: von einem solchen Manne weiss man nicht den Tag seines Todes. Oder vielmehr man weiss zwei verschiedene Todestages."

Die Schlussfolgerung, die Ludendorffs "Volkswarte" zieht, lautet natürlich: Der Todestag ist ungewiss, weil Fichte wahrscheinlich von den Freimaurern umgebracht worden ist. Denn die These Ludendorffs lautet: Gewöhnliche Deutsche sterben an Krankheiten, geniale Deutsche werden von Freimaurern umgebracht. Nun ist es aber ein Faktum, dass Ludendorff selbst nicht von den Freimaurern umgebracht worden ist, sondern noch lebt. Wenn also seine Lehre stimmt, dann ist er entweder kein Deutscher oder nicht genial!

Aus aller Welt

Akademiker als Rüpel!

Der studentische Hitlermob in Tätigkeit! - Totschläger und Stöcke als "geistige Argumente" - "Juda verrecke", der neue akademische Schlachtruf. - Himmel attacke gegen die Polizei - "Kulturträger", von denen selbst die Deutschnationalen abrücken -.

SPD. Am Donnerstag kam es in der Berliner Universität zu wüsten nationalsozialistischen Ausschreitungen, die schliesslich zur Schliessung der "Stätte der Wissenschaften" führten. Der Skandal, durch den die ernsthaft arbeitenden Studenten wieder einmal um ihre Arbeitsstätte gebracht worden sind, begann gegen 11 Uhr vormittags. Grössere Trupps von Nazistudenten flegelten, Hass- und Hetzlieder gröhlend, in der Wandelhalle der Universität herum und begannen schliesslich die republikanischen Stundenten in der zügellosesten Weise zu beschimpfen. Gegen 1/2 12 Uhr hatten sich etwa 800 Nationalsozialisten und Stahlhelmer angesammelt, die alle Ausgänge besetzten und nun in ungefähr vierfacher Uebermacht unter wüstem Geheul und "Juda verrecke"-Rufen die republikanischen Studenten anfielen. Als der Rektor erschien und zu schlichten versuchte, wurde er von den Nazi-Rowdies mit wildem Geschrei empfangen. Man hörte Rufe wie: "Raus nach Palästina!" - "Juden in die Schnauze schlagen!" Selbst der Rektor war fast von den braunen Horden belästigt worden.

Plötzlich machte ein etwa 50 Mann starker Trupp in schwarze Hemden gekleideter Nazis, mit Totschlägern, Stöcken und Riemen bewaffnet, einen Angriff auf die linken Studenten. Im Augenblick waren heftige Schlägereien im Gange. Mehrere Studenten der Linken erhielten blutige Kopfverletzungen. Als die republikanischen Akademiker nunmehr geschlossen gegen die Krakeeler Front machten, gelang es ihnen, durchzubrechen und geschlossen abzumarschieren. Später wurden die Republikaner Unter den Linden von den Nazistrolchen aufs neue angefallen. Es kam zu schweren Prügeleien, in die schliesslich die Schutzpolizei mit dem Gummiknüppel eingreifen musste. Die zahlreichen Fremden, die um diese Zeit die "Prachtstrasse Berlins" zu bevölkern pflegen, sahen mit grossem Erstaunen, wie sich hier der "kulturelle Vortrupp" deutscher Jugend mit geistigen Argumenten betätigte.

Bezeichnend für die Verrohung der Hitler-Komilitonen war, dass sie die Polizei in der übelsten Weise beschimpften. Als die Nazis versuchten, einen Demonstrationszug zu bilden und in die Bannmeile zu marschieren, stellte sich ihnen ein Kommando der Schutzpolizei entgegen, um den Zug aufzulösen. Die Nazis leisteten heftigen Widerstand, wurden jedoch von der Polizei mit dem Gummiknüppel auseinander getrieben. Das widerwärtige Treiben der Naziakademiker hat in den Reihen der ernsthaften Studenten eine solche Empörung ausgelöst, dass selbst die Hugenberger sich beeilten, von dem ihnen so innig befreundeten Nazimob abzurücken. Jedenfalls lässt die deutschnationale Studentenschaft der Universität Berlin in der Hugenbergpresse mitteilen, dass eine solche Art der Auseinandersetzungen mit der "akademischen Würde" nicht zu vereinbaren sei.

\+ + +

Flugzeugabsturz. Ein mit zwei Mann besetztes französisches Militär=flugzeug flog in der Nähe von Paris gegen eine Hochspannungsleitung und stürz=te in die Seine. Die Maschine versank mit der Besatzung in den Fluten.

\+ + +

Selbstmord. Der 59 Jahre alte Bankier Moritz Bettelheim beging am Don=nerstag morgen in Budapest mit seiner 50jährigen Frau Selbstmord. Finanzielle Schwierigkeiten haben das Paar in den Tod getrieben.

\+ + +

Devaheims "Industrie=Kurier". Der Untersuchungsrichter beim Landgericht III in Berlin hat auf Antrag der Staatsanwaltschaft gegen den Chefredakteur des "Industrie=Kurier", Dr.Spicker, und gegen den Verleger des Blattes, Dr. Ehrlich, die Voruntersuchung wegen vollendeter Erpressung im Fall Devaheim 8nd wegen versuchter Erpressung in einem andern Falle eröffnet.

\+ + +

Cholera=Epidemie. In Kanton (Südchina) wütet zur Zeit eine schwere Chole=raepidemie. Im Laufe einer Woche sind 600 Personen an der Seuche gestorben.

\+ + +

Zusammenbruch im Meineidsprozess. Im Dresdener Prozess gegen den des Meineids angeklagten Berliner Rechtsanwalt Dr.Lange ereignete sich am Donners=tag Vormittag ein Zwischenfall. Bei der Eröffnung der Verhandlung erlitt der Angeklagte einen Nervenzusammenbruch. Er stürzte von seinem Stuhl und musste aus dem Sitzungssaal getragen werden. Der als Zeuge vernommene ehemalige Raiff: eisendirektor Dr. Seelmann=Eggebracht, der frühere deutschnationale Reichstags: abgeordnete, einer der Mitverantwortlichen am deutschnationalen Raffeisen= Panama, wandte sich gegen den Angeklagten und bemerkte, dass bereits im Januar 1924 der Verdacht aufgetaucht sei, dass Dr.Lange, der Raiffeisen=Prokurist, unerlaubte Beziehungen zu Kunden der Raiffeisenbank unterhalte. Dr.Lange sei nicht mehr in seiner Stellung zu halten gewesen. Wozu nur festzustellen ist, dass man die an der beispiellosen Misswirtschaft schuldigen Raiffeisendirekto=ren bis zum gänzlichen Zusammenbruch der Raiffeisenbank "gehalten" hat.

\+ + +

"Zynismus" im Mitgiftprozess. Im Mitgiftprozess Caro=Petschek wurde am Donnerstag die Vernehmung von Petschek jr. fortgesetzt. Der Vorsitzende leg=te dem Zeugen die Frage vor, ob nicht die Möglichkeit bestehe, dass Caro die mysteriösen 400 000 Mark Mitgift an seinen Vater gezahlt und dass dieser ver=gessen habe, das Geld an ihn, Dr.Ernst Petschek, weiterzugeben? Der Zeuge hielt diese Möglichkeit für völlig ausgeschlossen. Vors.: "Aber wie erklären Sie sich denn, dass ein wohlhabender Mann wie Geheimrat Caro einen unbegründeten Anspruch von 400 000 Mark aufstellt und sagt: "Diese Summe klage ich ein"?" Der Zeuge bemerkte, dass der Angeklagte vielleicht aus glattem Zynismus so=tan habe, um Ignaz Petschek, von dem er wusste, dass er nicht aufgeregt werden dürfe, "erst recht" in Aufregung zu versetzen.

\+ + +

Buchhalter Lehmanns Revision. Der im Sklarek=Prozess zu Gefängnis ver=urteilte Buchhalter Lehmann hat ebenfalls gegen seine Verurteilung Revision angemeldet. Damit haben sich vier Angeklagte mit dem gegen sie verkündeten Spruch des Sklarek=Gerichts nicht abgefunden.

\+ + +

Professor als Attentäter. Auf den neugewählten Rektor der Universität Wien, Professor Dr. Othenio Abel, wurde am Donnerstag vormittag auf dem Wiener Zentralfriedhof anlässlich der Enthüllung eines Denkmals für den Botaniker Professor Richard Wettstein von dem ausserordentlichen Professor der Univer=sität Wien, Dr.Camillo Schneider, ein Revolverattentat verübt. Als die Hülle von dem Denkmal gefallen war und Rektor Abel im Namen der Freunde des bedeu=tenden Botanikers das Wort ergriff, drängte sich plötzlich ein älterer Mann nach vorn, stellte sich dicht vor dem Redner auf, zog einen Revolver und gab

mit den Worten: "Jetzt wollen wir endlich abrechnen!" einen Schuss auf Professor Abel ab. Die Kugel ging dicht über der Schulter des Redners in die Luft Als der Attentäter ein zweites Mal feuern wollte, schlug ihm Wiens Bürgermeister Seitz, der in nächster Nähe des gefährlichen Schützen stand, mit grosser Geistesgegenwart den Arm nieder. Ein anderer Gast der Einweihungsfeier entriss dem Attentäter die Pistole, die noch fünf Kugeln enthielt. Professor Schneider erklärte den Kriminalbeamten, die ihn abführten, dass er nur vor dem Untersuchungsrichter sprechen wolle. Er wisse genau, was er getan habe. Schneider ist als Querulant bekannt und bestätigte sich eifrig als Spiritist. Der unverletzt gebliebene Rektor dankte in grosser Bewegung Bürgermeister Seitz, der ihm höchstwahrscheinlich durch sein schnelles Zugreifen das Leben gerettet hatte.

\+ + +

Den Vater erschossen. In Velitz bei Gommern im Bezirk Magdeburg ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Der Stellmachermeister Nuthmann trug einen Revolver in der Tasche, als er mit seinem vierjährigen Sohn im Gasthof des Ortes einkehrte. Das Kind steckte im Spiel die Hand in die Tasche des Vaters, ergriff den Revolver und schoss die nicht gesicherte Waffe auf Nuthmann ab. Das Geschoss drang den Angeschossenenin den Becken, wo es stecken blieb. Der Stellmachermeister musste sofort ins Krankenhaus geschafft werden, wo er kurz nach seiner Einlieferung verstarb.

\+ + +

Liebestragödie. In der Berliner Strasse in Berlin-Niederschöneweide erschoss sich in der Donnerstag-Nacht der 37jährige Klempnermeister Kellner. Das Motiv der Tat war Liebeskummer. Wenige Stunden später vergiftete sich die Geliebte des Klempnermeisters durch Gas. Kellner war verheiratet, der Verbindung der beiden Liebenden stellten sich unüberwindliche Hindernisse in den Weg.

\+ + +

Schauspielers Ende. Der Filmschauspieler Bruno Kastner, ein ehemaliger Prominenter der Leinwand, hatsich in der Nacht zum Donnerstag in Bad Kreuznach erhängt. Wirtschaftliche Sorgen haben den Darsteller, dem der Tonfilm die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit raubte, in den Tod getrieben. Kastner, der nur 42 Jahre alt geworden ist, galt einst als der "Valentino des deutschen Films". Er war auf der Höhe seiner Erfolge, als der Siegeszug des Tonfilms begann. Ein Versuch, im Sprechfilm zu arbeiten, misslang Kastner so katastrophal, dass ihm die Leinwand von nun an versperrt blieb. Bestrebungen, zur Bühne zurückzukehren, misslangen. Zuletzt sah man Kastner an kleinen und kleinsten Provinzbühnen auftreten. Als seine finanziellen Verhältnisse immer schwieriger wurden, suchte Kastner den Ausweg durch den Tod.

\+ + +

Zuchthausanträge. Im grossen Hamburger Zuckerschieberporzess stellte der Staatsanwalt am Donnerstag mittag seine Anträge. Wegen fortgesetzter Zuckersteuerhinterziehung, fortgesetzten gemeinschaftlichen Betrugs und wegen Konkursvergehens, bezw. Beihilfe dazu beantragte der Staatsanwalt gegen den Hauptangeklagten Stiefel 8 Jahre Zuchthaus und sechs Jahre Ehrverlust, gegen den Angeklagten Lipp 6 Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, gegen den Angeklagten Krause gleichfalls 6 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, gegen denden Angeklagten Salzberg 3 Jahre Gefängnis, gegen den Angeklagten Joseph Schreiner 4 Jahre 3 Monate Zuchthaus und gegen die übrigen Angeklagten Strafen zwischen drei Jahren und fünf Monaten Gefängnis.

Gewerkschaftliche Rundschau

Fünf Jahre Arbeitsgericht.

SPD. Vor fünf Jahren, am 1. Juli 1927, trat das deutsche Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft. Die Arbeitsgerichte haben sich bewährt. Das wird weder von Arbeitgeber- noch Arbeitnehmerseite bestritten. Trotzdem ist es gerade in diesen Tagen, wo die Sozialreaktion drohend ihr Haupt erhebt und der Sozialabbau Mode geworden ist, durchaus angebracht, einen Blick auf die fünfjährige Spruchpraxis der Gerichte zu werfen, die einer einheitlichen Arbeitsrechtsprechung in Deutschland Bahn gebrochen haben. Es sind ja heute in Deutschland politische und soziale Errungenschaften bedroht, die man noch vor Jahren fast für Ewigkeiten geschaffen glaubte. Täuschen wir uns nicht: wenn die Herrschaften, die zurzeit, gestützt auf die Regierung der Hitlerbarone, systematisch das Fundament der Gewerkschaften unterwühlen, es machen können, dann werden sie auch noch eines Tages die Arbeitsrechtsentwicklung abzubrechen versuchen. Ihre grosse politische und soziale Hoffnung besteht ja gerade darin, dass es in der Geschichte immer wieder Rückschläge der gesellschaftlichen Entwicklung gegeben hat. Wenn sie können, dann werden sie bestimmt das Rad der Geschichte zurückdrehen - auch im Arbeitsrecht.

Ihr stärkster Helfer ist die Vergesslichkeit der Menschen. In unserer schnellebigen Zeit sind soziale Errungenschaften, um die jahrzehntelang gekämpft werden musste, vielen Arbeitern und Angestellten leider allzusehr eine Selbstverständlichkeit geworden. Viele Arbeitnehmer wissen nicht, dass im Grunde doch nur sie ein elementares Interesse an dem Bestand der Arbeitsgerichte haben können. Der Arbeitgeber kommt in der kapitalistischen Wirtschaft auch ohne Arbeitsgericht aus, und nicht von ungefähr musste von den Gewerkschaften in mühsamem Ringen das Arbeitsgerichtsgesetz erkämpft werden. Sozialdemokratie und Gewerkschaften: beide haben schon vor dem Krieg für die Vereinheitlichung des Arbeitsrechts gekämpft. Aber erst der politische Umschwung nach dem Ende des Krieges schuf ihnen die Möglichkeit, für alle Arbeitnehmer ein einheitliches Arbeitsgerichtswesen zu schaffen. Die Jüngeren unter den Arbeitern wissen vielleicht schon nichts mehr davon, dass es einmal eine Zeit gab, in der bei weitem nicht alle Arbeiter der Rechtsprechung der Gewerbegerichte unterstanden. Noch unmittelbar nach dem Krieg mussten z.B. die Landarbeiter und alle Arbeitnehmer in kleinen Orten - Gewerbegerichte gab es nur in den mittleren und grösseren Städten - ihre Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis bei den ordentlichen Gerichten geltend machen. Dieser Zustand bedeutete eine ausserordentliche Erschwerung der Rechtsverfolgung, wenn nicht in vielen Fällen geradezu völlige Rechtlosigkeit, denn auf dem Lande und in den kleineren Städten bestand kein starker gewerkschaftlicher Einfluss, und an den ordentlichen Gerichten konnte kein Gewerkschaftsvertreter als Anwalt für den Arbeiterkläger auftreten. Noch heute ist in rückständigen Gegenden auch die Arbeitsrechtsprechung sozial sehr oft bedenklich. Das liegt in der Natur der Dinge. Die Richter bleiben nicht unberührt von den politischen und sozialen Tendenzen der Zeit. Besonders deutlich tritt das neuerdings auch dort in Erscheinung, wo neues Recht für das Arbeitsverhältnis gefunden und geschaffen wird, beim Reichsarbeitsgericht. Bei ihm sind seit einigen Jahren

zweifellos faschistischen Tendenzen zu beobachten; daher so manches Urteil, das bei der Arbeiterschaft böses Blut machte.

Bei aller Kritik an so manchem Urteil steht jedoch die Tatsache fest, dass sich die Tätigkeit der Arbeitsgerichte im Laufe der letzten fünf Jahre zum Segen der Arbeitnehmerschaft ausgewirkt hat. Die gewaltigen Summen, die Jahr für Jahr von den Gewerkschaftsorganisationen nur für ihre Mitglieder vor den Arbeitsgerichten erkämpft werden, sprachen eine beredte Sprache. Leider liegen bis zur Stunde noch keine genauen Zahlen über den Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise und Arbeitsrechtsprechung vor. Zweifellos hat die Krise auf der einen Seite eine Vermehrung der Klagen verursacht, weil der Druck der Ausbeutung sich verschärfte und so mancher Arbeitgeber mit seinem Personal nach Belieben umspringen zu können glaubte. Auf der anderen Seite hat die Krise aber auch den Andrang zum Arbeitsgericht gehemmt; denn Tausende von abhängigen Existenzen haben schliesslich auch bei noch so schreiendem Unrecht zähneknirschend sich gefügt - des lieben Brotes willen. Soviel ist klar: gerade in der Krise hat das Arbeitsgericht seine grosse Bedeutung für den Schutz des Arbeiters geoffenbart, weil in ihrder Machtkampf zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht durchgefochten werden kann. Ein gut Teil der Lohnkämpfe - kann man ohne Uebertreibung sagen - ist in der Krisenzeit vor dem Arbeitsgericht ausgekämpft worden.

Mancher Arbeiter hat, nachdem die Arbeitsgerichts sich eingespielt hatten, geglaubt, es gehe nun auch ohne Gewerkschaften. Die Erfahrungen der letzten fünf Jahre dürften jedoch diesen Glauben von Leuten, die nur, wenn es ihnen schlecht geht, sich an die Gewerkschaften erinnern, zerstört haben. Ohne Gewerkschaften kein Arbeitsgericht! Ohne Gewerkschaften aber auch trotz der Arbeitsgerichte kein Recht für die Arbeitnehmer! Die Tätigkeit der Arbeitsgerichte hat nicht nur Tausende von Laienrichtern mit der Arbeitsrechtsprechung vertraut gemacht, sondern ebenso Millionen von Arbeitnehmern gezeigt, dass ohne klare Rechtskenntnis und nur mit Entrüstung und einem guten Gewissen noch lange keine Klage erfolgreich durchgefochten werden kann. Erst mit Hilfe der Gewerkschaften können die Arbeitnehmer aus den Arbeitsgerichten ein Instrument zur Sicherung ihres Rechtes machen. Diese Sicherung des Rechtes der Arbeit wird auch noch auf einem indirekten Wege herbeigeführt. So mancher Arbeitgeber hat vor dem Arbeitsgericht doch etwas gelernt und ist durch Schaden klug geworden. Und auch das wirkt sich selbstverständlich im Laufe der Zeit still, aber doch nicht unmerklich zum Vorteil der Arbeitnehmerschaft aus.

Die Tätigkeit der Arbeitsgerichte würde sich noch segensreicher gestalten, wenn die Arbeiterschaft einig wäre. Wenn die Kommunisten die Arbeitsgerichte ablehnen, so schädigen sie damit nur die Interessen der schaffenden Bevölkerungskreise. Eine einige Arbeiterschaft wäre ein Machtfaktor, der in kurzer Zeit das Gedankengut des kollektiven Arbeitsrechtes in der Rechtsprechung ganz anders in Erscheinung treten liesse als das bis jetzt möglich war. Einigkeit der Arbeiterschaft - nirgends würde sie reichere Frucht tragen als im Kampf vor den Arbeitsgerichten.

SPD. Die Drohung der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, bei Anrechnung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung auf die öffentliche Arbeitslosenunterstützung, ihre bisherigen Leistungen einzustellen, hat schnell gefruchtet. Der Reichsarbeitsminister weist jetzt darauf hin, dass keine Bedenken bestehen, Unterstützungen, die auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit gezogen werden, in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und bei der Bemessung der Leistungen ausser Ansatz zu lassen.

+ + +

Die an die Regierung gerichtete Drohung der Gewerkschaften gab der kommunistischen Presse Anlass, von einem Zusammenspiel der Gewerkschaften mit der Papenregierung zu phantasieren. Die Antwort des Reichsarbeitsministers auf das Schreiben der Gewerkschaften ist ein klarer Beweis, dass die kommunistische Presse wieder einmal ohne jeden Grund und völlig gewissenlos darauflos gehetzt hat.

Der Inhalt des an den Reichsarbeitsminister gerichteten Schreibens der Gewerkschaften war für jeden Menschen mit normalem Verstand vollkommen einleuchtend. Sie wandten sich gegen die drohende Anrechnung und forderten vom Reichsarbeitsminister, dass er durch eine Anweisung solche Anrechnungen ausschlösse, und sie begründeten dieses Verlangen auch mit dem besonderen Rechtscharakter der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung, Sie erklärten, dass die Gewerkschaftsmittel nicht dazu de sind, um die öffentlichen Mittel zu ersetzen und dass, falls die Anrechnung erfolgen sollte, die bisherigen Leistungen insoweit eingestellt werden müssten.

Niemand in den Gewerkschaften denkt daran, auf diese Weise Gelder einzusparen. Es ist vielmehr ganz selbstverständlich, dass die Gewerkschaften stets Mittel und Wege finden würden, die zur Verfügung stehenden Mittel auch weiterhin im Interesse ihrer arbeitslosen Mitglieder zu verwenden. Kein Gewerkschaftsmitglied aber könnte Interesse daran haben, dass durch den Einsatz der Gewerkschaftsmittel die Arbeitslosenversicherung oder die Arbeitslosenfürsorgeeinrichtungen von eigenen Verpflichtungen entlastet werden.

SPD. Der Zechenverband hat von der Möglichkeit, die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 31. Juli zu kündigen, keinen Gebrauch gemacht. Der Grund dafür ist die ungeklärte politische Lage.

Die Lohnordnung war wie auch der Manteltarif durch den Schiedsspruch vom 30. Mai kurzfristig für zwei Monate unverändert verlängert worden.

SPD. Das Reichspostministerium hat, nachdem das Gesetz über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten in Kraft getreten ist, den allgemeinen Vorbehalt einer dreimonatigen Kündigungsfrist bei den weiblichen Postassistenten aufgehoben, deren Leistungen voll befriedigen und die eine in jeder Beziehung einwandfreie fünfjährige Dienstzeit im Beamtenverhältnis zurückgelegt haben. Diesen weiblichen Beamten soll sogleich die Unkündbarkeit verliehen werden.-

+

Das Reichsgesetz über die Rechtstellung der weiblichen Beamten beschränkt sich ausdrücklich und ausschliesslich nur auf die verheirateten weiblichen Reichsbeamten. Es gibt keinerlei Möglichkeit einer Anwendung auch auf die Beamten im Landes- und Kommunaldienst.

SPD. Der Vorstand der Reichsanstalt hat sich mit Mehrheit für die Auflösung der "Parenna", des "Paritätischen Engagementnachweises für Variete, Zirkus und Kabarett, und die Wiedereinführung der gewerbsmässigen Stellenvermittlung im Artistenberuf ausgesprochen, jedoch unter Bedingungen, die in der Vermittlung einen gewissen sozialen, kulturellen und moralischen Schutz bieten. Die Aufsicht soll die Reichsanstalt ausüben. -Die Artistenvermittlung erfordert eine besonders individuell gestaltete, Vermittlung. Die Ausnahmebehandlung der Artistenvermittlung ist also noch lange kein Beweis gegen die staatliche Stellenvermittlung.

Wirtschaft Technik Handel

Der grosse Akkord.

Reichskreditgesellschaft fordert Anpassung der internationalen Schulden an die gesunkene Leistungsfähigkeit.

SPD. Die dem Reich gehörende Reichskreditgesellschaft macht in ihrem Bericht über die Wirtschaftsentwicklung im ersten Halbjahr 1932 wichtige Vorschläge für die Anpassung der internationalen Schuldverpflichtungen an die gesunkene Leistungsfähigkeit. Mit diesem Problem, ausschlaggebend für die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise, werden sich ja in nächster Zeit Konferenzen der Schuldner- und Gläubigerländer beschäftigen.

Im Jahre 1931, als die Krise allgemein verheerend um sich griff, versuchten die Schuldnerländer ihre Verpflichtungen gegenüber dem Ausland zu erfüllen, indem sie ihren Warenexport steigerten und ihre Wareneinfuhr einschränkten. Damit hängt z.B. zusammen, dass Deutschland im Jahre 1931 einen Warenausfuhrüberschuss von 2,78 Milliarden Mark erzielte. Im ersten Halbjahr 1931 ist aber, nach der Reichskreditgesellschaft, der deutsche Warenausfuhrüberschuss auf 550 Millionen Mark gefallen. Daraus zieht der Bericht der Reichskreditgesellschaft den Schluss, dass während der Krise die Reserven, die die Schuldnerländer befähigte, Verpflichtungen gegenüber den Gläubigerländern abzudecken, stark angegriffen wurde und dass sie jetzt zur Neige gehen. "Die Politik der gegenseitigen Abschliessungen" so stellt die Reichskreditgesellschaft fest, "schränkt die Fähigkeit der Schuldnerländer ein, gegenwärtig Zahlungen an das Ausland zu leisten und setzt sie ausserstande, die Verantwortung für die künftige Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu übernehmen. Je länger diese Politik andauert, umso enger ziehen sich die Grenzen, innerhalb deren Zahlungen an das Ausland geleistet werden können, umso geringer wird der Wert, den die Kapitalanlagen im Ausland behalten können". Das ist zwingende Logik. Sie beweist, wie sehr es im Interesse auch der Gläubigerländer liegt, die Zahlungen an die Leistungsfähigkeit der Schuldner anzupassen.

Ueber diesen Teil des Problems wird sich alle Welt einig sein. Es ist ja das Ziel der Konferenzarbeit, die in nächster Zeit zu leisten ist. Dunkel herrscht aber darüber, wie man zu diesem Ziel gelangen kann. Hier setzen die Vorschläge der Reichskreditgesellschaft ein.

Sie unterscheiden zwischen kurzfristigen und langfristigen Verpflichtungen. Zu den kurzfristigen Verpflichtungen wird gesagt: "In erster Linie ist es notwendig, den Druck, der von der Rückzahlung kurzfristiger Verbindlichkeiten ausgeht, zu mildern, diese mithin in einer Höhe, die der Fähigkeit der Schuldnerländer zu Zahlungen an das Ausland angepasst ist, zu konsolidieren". Vorgesehen ist also die Anpassung und die Konsolidierung, die Umwandlung von kurzfristigen in längerfristige Schulden. Die Frage ist die, ob man diese "Umformung" individuell oder allgemein vor sich nehmen will. Unserer Ansicht nach kommt nur eine individuelle Behandlung in Frage, schon um das böse Wort Bankerott zu vermeiden.

Originneller sind die Vorschläge der Reichskreditgesellschaft, soweit die langfristigen Verpflichtungen in Frage kommen. Von der öfter empfohlenen Hinausschiebung der planmässigen Tilgung rückt die Reichskreditgesellschaft ab, "weil sie keine Anpassung an die veränderte Leistungsfähigkeit der Schuldnerländer darstellt. Die Tilgung entspricht ja der Abnutzung der Anlagen; sie

kann daher nicht aufgeschoben und später, wenn die Anlagen nicht mehr bestehen, nachgeholt werden." Dafür schlägt die Reichskreditgesellschaft folgendes vor: Bei den Schulden, die durch Anleihen belegt sind, bietet der gegenwärtige niedrige Kurs der Anleihen die Möglichkeit, die Tilgungslast ohne Hinausschiebung der planmässigen Tilgung zu vermindern. Vorausgesetzt ist hierbei, dass die im Wege des Aussenhandels zu erwerbenden ausländischen Zahlungsmittel zum Aufkauf solcher Anleihen statt zu Zinszahlungen verwendet werden können, dass auf einen Teil der Zinsen verzichtet wird, falls die Deviseneinnahmen für beide Zahlungen nicht ausreichen." Der Vorschlag läuft also zuguterletzt darauf hinaus, einen Teil der fällig werdenden Zinsen nicht als Zinsen zu zahlen, sondern als Tilgung, als Amortisation zu benutzen, indem man Anleihen aufkauft, wozu der gegenwärtig niedrige Kurs anreizt. Mit andern Worten heisst das: Man muss international zu einem Akkord kommen, zu einer Verbilligung der Zinsen. Immerhin ist das ein Weg, die Spannungen auf dem Kapitalmarkt, die die Wirtschaftsbesserung verhindern, zu beseitigen. Wie eine Regelung im einzelnen vor sich gehen kann, muss natürlich den Verhandlungen am Konferenztisch überlassen bleiben.

Mit Recht betont die Reichskreditgesellschaft, dass aber die Beseitigung der Kapitalspannungen nur dann einen Zweck hat, wenn die Handelsbeschränkungen aufgehoben werden und die Marktfreiheit wieder hergestellt wird. Ein Bekenntnis zu der wachsenden Ueberzeugung, dass die Autarkie nur geeignet ist, die Weltwirtschaftskrise zu verewigen.

Andererseits hält es die Reichskreditgesellschaft für ganz selbstverständlich, dass die Reparationen fallen müssen, wenn eine Besserung in der Weltwirtschaft erzielt werden soll. Damit wird nur eine alte Forderung, eine alte Wahrheit unterstrichen. Mit der Streichung der Reparationen ist es aber keineswegs getan. Es kommt, wenn die Streichung der Reparationen dazu beitragen soll, die Weltwirtschaftskrise zu überwinden, darauf an, wie die ersparten Reparationen benutzt werden. Ob die Streichung dazu dient, die Kaufkraft der Massen und die Kaufkraft der Länder zu steigern.

Hier sind in letzter Zeit, vom Standpunkt der deutschen Wirtschafts gesehen, arge Bedenken aufgetaucht. Im Jahre 1931 hat Deutschland an Reparationen noch 992 Millionen Mark gezahlt. Von diesen Zahlungen bleibt unserer Wirtschaft infolge des Hoover-Moratoriums und der Entwicklung der Dinge in Lausanne im laufenden Jahr verschont. Ist diese gewaltige Summe aber zu einer Steigerung der Kaufkraft in Deutschland, die die Wirtschaft wieder anregen kann und muss, benutzt worden? Wir müssen das leider verneinen. Die Adelsregierung hat vor einigen Wochen das deutsche Volk mit einer Summe von 1,5 Milliarden, also 1 500 Millionen Mark belastet. Vom Standpunkt der Kaufkraft und der Wirtschaftsbesserung aus gesehen sind an Stelle der äusseren Reparationen innere Reparationen getreten.

Weiter gehen die Bestrebungen im Lager der Junker, der Schwerindustrie und der Hitlerleute dahin, eine deutsche Aufrüstung durchzuführen. Diese deutsche Aufrüstung dürfte mehr verschlingen, als Deutschland an Reparationen zu zahlen hatte. Das Aufrüsten und Soldatenspielen ist aber ein unproduktives Geschäft. Kaufkraft und Wirtschaft werden dadurch kein neues Blut zugeführt. Die Streichung der Reparationen hätte so ihren wirtschaftlichen Zweck verfehlt.

Wir halten uns für verpflichtet, angesichts der Tragweite dieser Massnahmen an diese Gefahr zu erinnern.

SPD. Das Institut für Konjunkturforschung weist darauf hin, dass, je mehr sich die Saisonbelebung der Wirtschaft ihrem Ende nähert, "der Konjunkturrückgang der Beschäftigung so gut wie unvermittelt anhält." Die ganze Bewegung beruht vorzugsweise auf der unheimlichen Kürzung des Masseneinkommens und den

Autarkiebestrebungen in aller Welt.

In den Produktionsgüterindustrien sich, ähnlich wie im Jahr vorher, der Konjunkturelle Rückgang verlangsamt. Das gilt aber nur für einige Zweige. So ist die Beschäftigung in der Grosseisenindustrie, in den Eisengiessereien, im Maschinen-, Dampfkessel- und Waggonbau leicht gestiegen. Auch in der Elektroindustrie ist die Beschäftigung z.B. im Mai nicht mehr so scharf gesunken wie in den vorangegangenen Monaten.

Ganz katastrophal sieht es in der Bauwirtschaft aus. Schon im Mai ist die Saisonbelebung so gut wie ganz zum Abschluss gekommen. Die saisonmässige Zunahme der Beschäftigung war in diesem Jahr nur halb so gross wie im Jahr vorher. Die Betriebe der Bauwirtschaft sind augenblicklich nur zu 13,4 % ihre Leistungsfähigkeit beschäftigt. Auch im Fahrzeugbau blieb die Belebung in allen Zweigen schwächer als im Frühjahr 1931.

Stärker setzt sich der Konjunkturrückgang in den Verbrauchsgüterindustrien durch. "Die fortschreitende Einkommensminderung und die wachsenden Exportschwierigkeiten haben", so unterstreicht das Institut, "in den letzten Monaten immer mehr gezwungen, die Beschäftigung stark zu drosseln". Während sich im Frühjahr 1931 eine beträchtliche Belebung durchsetzen konnte, sinkt seit Ende vorigen Jahres die Beschäftigung ununterbrochen. Das trifft vor allem auf die Textilindustrie zu. In den Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrien hat sich allerdings der seit Ende vorigen Jahres zu beobachtende scharfe Rückgang im Mai nicht fortgesetzt.

SPD. Das Statistische Reichsamt teilt mit: "Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich für den Durchschnitt des Monats Juni 1932 auf 121,4 gegenüber 121,1 im Vormonat. Sie ist somit um 0,2 v.H. gestiegen. Es hat sich erhöht die Indexziffer für Ernährung um 0,6 v.H. auf 113,4, zurückgegangen sind die Indexziffern für Bekleidung um 0,5 v.H. auf 117,2, sonstiger Bedarf um 0,4 v.H. auf 165,09. Unverändert geblieben sind die Indexziffern für Wohnung mit 121,4 und für Heizung und Beleuchtung mit 133,8. Innerhalb der Bedarfsgruppe Ernährung haben die Preise für Gemüse, Eier und Kartoffeln angezogen. Zurückgegangen sind hauptsächlich die Preise für Butter und Milch."

SPD. Eine Reihe wichtiger, nichtamerikanischer Kupferproduzenten hat seinen Austritt aus dem internationalen Kupferkartell erklärt. DAmit dürfte das Kartell, das etwa 97 Prozent der Weltkupfererzeugnisse erfasste, auch formal zusammengebrochen sein. Ein ungeheures Experiment, der Krise auf den Rohstoffmärkten durch internationale Vereinbarungen der beteiligten Produzenten entgegenzuwirken, ist damit vorerst abgetan.

Das internationale Kupferkartell wurde vor etwa sechs Jahren gegründet und zwar unter Führung der Amerikaner, die den Krieg und die Nachkriegszeit benutzt hatten, die Führung im Kupfergeschäft und in der Kupferpolitik von London nach Nordamerika zu reissen. Obwohl das Kartell eine deutliche Spitze gegen England hatte, schlossen sich die Engländer dem Kartell an. Sie entwickelten aber in Nordafrika eine bedeutende Kupferproduktion, die sie gerade während der Krise in den Stand setzte, die englische Kupferpolitik zu verselbständigen. Die vom Kupferkartell durchgeführten Produktionsdrosselungen wurden von den Gruben in Nordafrika nur unter Konzessionen mitgemacht, die die Stellung der Nordamerikaner immer mehr beeinträchtigten. Andererseits hat das Kupferkartell eine Preispolitik getrieben, die der Produktion jede Stabilität nahmen. Die vom Kupferkartell diktierten Preise haben von der Hochkonjunktur bis zur Krise

zwischen etwa 28 cents pro englisches Pfund und nicht ganz 5 Cents geschwankt. Als die Nordamerikaner dann einen Kupferzoll einführten.führte diese Massnahme zum Ende des Kartells.

Es ist zu erwarten,dass der Kupfermarkt immer weiter desorganisiert wird, Die Weltwirtschaftskrise erfährt auf diesem Gebiet eine unheimliche Verschärfung.

SPD. Im Monat Mai hat sich der Güterverkehr bei der Reichsbahngesellschaft - grössere Verfrachtung von Frischgemüse, Baustoffen usw. - etwas belebt. Auch im Reiseverkehr trat eine Besserung ein. Die Einnahmen liegen im Monat Mai auch um 13 Millionen Mark höher als im Monat April,jedoch um 98 Millionen Mark niedriger als im Mai 1931 und um 210 Millionen Mark niedriger als im Mai 1929. Die Beschäftigtenzahl, Beamte und Aushilfsarbeiter,steigerte sich von 613 362 Köpfen im April auf 618 125 im Mai.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung vom 30.Juni je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln nicht notiert, rote Kartoffeln vorjährige Ernte 1,70 - 1,90, gelbfleischige vorjährige Ernte 2.80 - 3, do. neuer Ernte 5 RM, Fabrikkartoffeln 7.50 - 8,50 Rpf pro Stärkeprozent.

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 30.Juni.)) Deutsche Eier: Trinkeier: (vollfrische gestempelte) über 65 g 8, über 60 g 7, über 53 g 6,25, über 48 g 5,75, frische Eier über 53 g 6 -6,25, aussortierte kleine und Schmutzeier 4,50. B) Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 7,25, 17er 6,75, 15½-16er 6,leichtere 5,25 - 5,50, Estländer 18er 7, 17er 6,50, 15½-16er 5,50, leichtere 5 -5,25, Russen normale 4,50 - 5, abweichende 4 - 4,25, Kleine,Mittel= und Schmutzeier 4. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: schön, Tendenz: ruhig.

SPD. Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat der Bausparkasse Turingia in Eisenach den Geschäftsbetrieb unterdagt und ein Zahlungsverbot angeordnet.

SPD. Den Bemühungen des preussichen Finanzministers ist es gelungen, die lästige Ausgleichssteuer für die Ein= und Ausfuhr von Fleisch, Fleisch= und Wurstwaren, zwischen solchen Ländern,die die Schlachtsteuer eingeführt haben, zu beseitigen. Beteiligt sind neben Preussen die Länder Bayern,Sachsen.

Bremen und Lübeck. (Bremen und Lübeck haben neuerdings die Schlachtsteuer auch eingeführt). Am 1.Juli ist ein Ein= und Ausfuhr für die genannten Länder von der Ausgleichssteuer befreit. Ebenfalls ist die Einfuhr aus Baden steuerfrei; jedoch ist dabei Voraussetzung,dass sich Baden dem Abkommen anschliesst.

Geringe Mehlumsätze.

(Berliner Getreidebörse vom 30.Juni).

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse blieb auch am Donnerstag lustlos. Lediglich am Lokomarkt konnte sich die Notiz für Roggen behaupten obwohl auch hier die Kaufneigung der Mühlen sehr gering war. Prompter Weizen verlor 2 Mark, hingegen war das Angebot grösser geworden ist die Ware war auch bei nachgebenden Forderungen kaum unterzubringen. In Brotgetreide neuer Ernte blieb das Angebot gering; jedoch herrschte auch auf diesem Markt keine Unternehmungslust der Käufer. So mussten für beide Brotgetreidearten die Notierungen um 1 bis 2 Mark zurückgehen. Das Mehlgeschäft blieb sehr ruhig. Für Weizenmehl war die Forderung nachgebend, ohnedass hierdurch Umsätze erzielt werden konnten. Der Haferpreis blieb stetig trotz geringfügiger Kauflust des Konsums.

	29.6.	30.6.
	(ab märkischer Station in Mark)	
Weizen	249 - 251	247 - 249
Roggen	189 - 191	189 - 191
Futter= und Industriegerste	162 - 172	162 - 172
Hafer	157 - 161	157 - 161
Weizenmehl	30,50 - 34,50	30,50 - 34,50
Roggenmehl	25,70 - 27,60	25,70 - 27,60
Weizenkleie	9,90 - 10,50	10,00 - 10,50
Roggenkleie	10,10 - 10,50	10,00 - 10,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen per Juli 256 - 254 (257½), per September 22[illegible] - 225 (226½), Oktober 226½ - 225½ (227), per Dezember 230-229½ (230½) Roggen per Juli 185½ (186), per September 181 - 180½ (181¾), per Oktober 18[illegible] - 181 (182½) per Dezember 184 plus Brief (184¾), Hafer per Juli 164 plus Brief (164¾), per September - (149).

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch,die nach Berlin zur Lieferung gelangt,betragen je Liter frei Berlin: für A=Milch für die Zeit vom 1.7. bis 7.7. 13,75, für tiefgekühlte A=Milch 14,25, für B=Milch 8,05, für tiefgekühlte B=Milch 9,für molkereimässig bearbeitete Milch 15,05 Rpf. Die A=Milchmenge ist auf 77 % des A=Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S · P · D

Nr. 49. Berlin, den 30.Juni 1932.

Arbeitende Frauen in Italien.[x]

SPD. Für unzählige Menschen bedeutet das Lied der Mignon "Kennst Du das Land, wo die Zitronen blühn?" auch heute noch ein Stück Italien, wie es sich die Phantasie des Nordländers seit Jahrhunderten vorgestellt hat: ein Paradies an landschaftlicher Schönheit und ein Paradies der Lebensbedingungen. Der Faschismus hat in Verbindung mit der grosszügig aufgezogenen Fremdenindustrie der Luxushotels alles getan, um dieses Phantasiegebilde nach Möglichkeit noch zu unterstreichen, der Schilderung von Naturschönheiten noch die Beschreibung angeblich idealer sozialer Einrichtungen hinzuzufügen.

Man muss selbst Italien zu Fuss durchwandern, abseits der breiten Strassen, abseits von Luxusbädern und Fremdenindustrie, um zu sehen, wie in der heutigen Wirklichkeit die grosse Masse der arbeitenden Bevölkerung und unter ihnen vor allem die Frauen und Mädchen leben. Das ergibt dann ein etwas anderes Bild, als es der Luxusreisende malt, der im Auto die Kilometer durchrast, der sich in eleganten Bädern und Kurorten aufhält und dann von dem ewig blauen Himmel nicht nur der Landschaft, sondern auch der Lebensbedingungen schwärmt, von den Orangen, die einem buchstäblich in den Mund wachsen, und einer heiteren, lachenden, scherzenden Bevölkerung, die wie im Schlaraffenlande lebe. Wer als Wanderer oder gar Landstreicher durch Italien streift, der weiss, dass das Land nicht nur berauschend schön sein kann, sondern dass es dort auch kahle, baumlose Hügel, trostlose Steinwüsten, öde, weite Steppen gibt. Ein heisser Wind fegt über den ausgetrockneten Erdboden, der auch dort, wo Weinstock und Ölbaum angepflanzt sind, viel Mühe und Arbeit erfordert.

Im Süden Italiens trifft man überall noch auf primitive Schöpfräder, die von Mauleseln bewegt werden. Frauen und Mädchen holen das so kostbare, so bitter notwendige Wasser und schleppen es in Gärten und Felder. Ihre Gestalten sind meist schlank und biegsam, die Gesichter edelgeschnitten, mit kleinen Stirnen, schmalen Nasenrücken, ausdrucksvollen dunklen Augen. Aber die Kleidung ist ärmlich und zerrissen. Schuhe kennen sie nicht. Barfuss klettern sie gewandt über Unebenheiten und spitze Steine, den Wasserkrug auf dem Kopfe, die Eimer an beiden Händen. Ein Blick in die Wohnstätten, die mit grosser Bereitwilligkeit gezeigt werden, enthüllt Elendsbilder, die erschüttern. Kleine, niedrige Räume, Ställe für Menschen und Tiere, fast ohne jeden Hausrat: das ist das "Heim" dieser Schwerarbeiterinnen.

"Das Land ist Eigentum des Patrone, des Grossgrundbesitzers", erwidern sie auf unsre Fragen, "aber er hat es in Pacht gegeben. Der Pächter hat es wieder verpachtet und zwar ineinzelnen kleinen Landstrichen. Die Pacht ist hoch - man weiss oft nicht, wie man sie aufbringen soll. Aber anderen geht es noch viel schlimmer". Sie deuten mit der Hand hinüber nach einem Hügel, an dem gebaut wird. Grosse Tuffsteine werden dort abgeladen. Vier junge Mädchen laden sich diese zentnerschweren Stücke auf den Kopf und schleppen sie den Hügel empor. "Was bekommen Sie für Ihre Arbeit?" fragen wir. Doch sie schütteln schweigend den Kopf und schauen ängstlich und verstohlen nach den beiden Schwarzhemden hin, die die Ladung überwachen. Ueberall stehen sie, die Wächter Mussolinis, und wer sich nicht fügen will, der wandert in die Gefängnisse. Die Arbeitslosigkeit ist gross, nicht nur in Deutschland, in England und Amerika, sondern auch im gesegneten Lande des Faschismus, und so muss man froh

sein, wenn man Steine schleppen darf....

Weiter führt uns der Weg an felsigen Abhängen, braunem, sonnenverbranntem Gestrüpp und blühenden Ginsterbüschen entlang. Dann steigt man abwärts in die Ebene. Ein grosses Maisfeld breitet sich aus. Frauen sitzen im Kreise unter dem spärlichen Schatten eines Johannisbrotbaumes. Es ist Mittagspause. Sie essen trockenes Brot und Pflaumen. "Was verdienen Sie hier bei Ihrer Arbeit?" Ein junges, schönes Mädchen wendet uns die leuchtenden schwarzen Augen zu. "soldi", sagt sie, nicht ohne Stolz. (Etwa 10 Pfennige.)Als wir einwenden, dass das sehr wenig sei, sieht sie uns gross und verständnislos an. "Meine Mutter habe ich nie anders als am Webstuhl gesehen", sagt sie. "Sie begann vor Sonnenaufgang und arbeitete bis in die Nacht hinein. Aber der Kaufmann in Neapel gab ihr nur sehr wenig dafür. Mein Vater und meine Brüder waren Fischer. Und ich habe auch schon im Alter von vier Jahren mit meinen Schwestern gearbeitet. Aber satt geworden sind wir nie. Was wollen Sie - das ist unser Los!" Sie zieht ein Amulett aus ihrem Mieder und küsst es.

Und wie sieht es in den Hütten der italienischen Heimarbeiterinnen aus? Da werden aus Bast zierliche Taschen geflochten. Seide, Perlen und Goldstickerei werden zu entzückenden kleinen Luxusgegenständen verarbeitet. Da werden Muster entworfen und gemalt. Da werden Korallen und bunte Steine zu Halsketten zusammengefügt, die dann an den Verkaufsständen, den Bazaren und in den Läden der Badeorte feilgehalten, viel bewundert und auch gekauft werden. Aber die Arbeiterin erhält nur einen Bruchteil des Preises, der im Laden ausgezeichnet wird. Auch im Lande Mussolinis triumphiert wie in allen Ländern der Kapitalismus und der Profit des Unternehmers. Die faschistischen Gewerkschaften sind nur seine Handlanger, und die Arbeiterschaft hat sich zu fügen.

So sieht die Wirklichkeit im heutigen Italien aus. So leben arbeitende Frauen und Mädchen, ärmlicher noch als in der Vorkriegszeit. Damals war alles billig in Italien. Heute aber ist die Preissteigerung so hoch geworden, dass die Kürzung der Löhne, die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit doppelt verhängnisvoll wirken. Nur die Angst vor der Gewalt schliesst ungezählten Arbeiterinnen den Mund. Andere trösten sich in stiller Gottergebenheit und halten ihr schweres Los für unabänderlich. Sie beugen sich der Obrigkeit Mussolinis, weil die Religion sie gelehrt hat, dass alle Obrigkeit von Gott sei. Man müsste allen Frauen und Mädchen, die sich von den deutschen Faschisten, den Nazis, goldene Berge versprechen lassen, wünschen, dass sie Gelegenheit hätten, selbst einmal Italien zu durchwandern und mit ihren Klassengenossinnen dort zu sprechen. Denn nicht Phrasen und Versprechungen ins Blaue hinein, sondern unumstössliche Tatsachen und die harte Wirklichkeit müssen entscheidend sein für ihre politische Einstellung. E.M.

Kitsch.[x]

SPD. In einer Altstadtgasse versteckt liegt eine Gipsfigurenwerkstatt. Bereits im Treppenhause fauchen uns mehrere Gipslöwen an, und auf dem engen Hofe sind Kisten und Kasten aufgestapelt. Auf die Besucher herab blickt eine ganz verstaubte Büste der Kaiserin Augusta.

Wir kommen gerade recht. Ein Giesser und ein fast noch wie ein Schulkind aussehendes Mädchen sind bei der Arbeit. Auf dem Werktische liegen Gelatineformen mit der negativen Darstellung des zu giessenden Bildwerks. Das Mädchen pinselt die Formen mit Fett ein, damit der Guss nicht haften bleibt. Der Arbeiter giesst den weissen Gipsbrei hinein. Nach einer halben Stunde ist der Guss so weit erhärtet, dass er aus der Form genommen und zum Trocknen abgestellt werden kann. Freilich ist er dann noch nicht fertig. Etwa vorhandene Windblasen und Fehlstellen müssen verputzt, und mit einer Spachtel müssen die Kontu-

ren säuberlich retuschiert werden. Den letzten Schliff bekommt der Abguss aber erst in der Malerei. Entweder erhält er ein marmorähnliches Aussehen, oder er wird bronziert.

Die Werkstatt ist nicht sehr geräumig. Deshalb wird jeder Winkel ausgenutzt. Dutzendweise stehen da die berühmten Leute, die Luther, Voltaire, Beethoven, Wagner, Fridericus Rex. Weisse Eulen, die man nicht nach Athen zu tragen braucht, brüten tiefsinnige Gedanken aus. Beutelüsterne Tiger reissen gierig ihr Maul auf und bilden mit Löwen, Affen, Hirschen und Pferden eine ganze Menagerie. Turnvater Jahn protzt mit seinem Patriarchenbart, und der "olle" Zeus präsentiert sich mit gelocktem Haupt- und Barthaar. Der Staub der "Jahrhunderte" scheint sich auf seine Locken gesetzt zu haben. Lange genug wird er ja schon in seinem Winkel stehen und auf einen Käufer warten. "Beim Zeus, muss das langweilig sein, so auf dem Bört herumzulungern!"

Sehr stolz auf seine Kunstprodukte, erzählt der Inhaber, ein rundlicher Italiener, von der Zeit vor dem Kriege, als die reichen Leute es sich noch leisten konnten, solche Gipsabgüsse zu kaufen. Wenn Protzens von einer Italienreise zurückkamen, so brauchten sie für ihren Salon einen "Borghesischen Fechter", eine "Venus von Milo" oder einen "Diskoswerfer". Gut war auch der Absatz an die höheren Schulen. "Was ich von den Sachen heute noch liegen habe, kann ich man einsalzen lassen," meint der Italiener.

Als wir nachsehen, wer da eingefettet als Negativ in bester Speisegelatin liegt und die Ehre hat, auch noch im Jahre 1932 angefertigt zu werden, trotz Wirtschaftskrise und Absatzstockung für Zeus, Beethoven und Fridericus Rex, wundern wir uns nicht mehr. Der Giesser entfernt von einem bereits hart gewordenen Abguss die Gelatineform, und in voller Schönheit erstrahlt das Gipsgesicht des grossen Adolf. Eichenlaub und Hakenkreuz bestätigen, dass Er es ist. "25 000 habe ich davon in Auftrag. Eine G.m.b.H. hat 100 000 Gipsköpfe vergeben. - Nein, die bleiben nicht so weiss. Nach der Bronzierung sehen sie wie echte Bronze aus." - "Baut auf mich wie auf einen "rocher de bronce"!" soll das Bildnis seinen ehrfürchtigen Verehren sagen.

"Mit Wilhelm II. haben Sie wohl auch ein gutes Geschäft gemacht?" fragen wir den Figurenmacher. "Gewiss, ich habe eine ganze Masse Kaiserbüsten verkauft. 150 Mark kostete damals eine grosse Kaiserbüste. Das waren noch Zeiten, wo man Geld verdienen konnte!"

Ja, wenn das Quantum Gipsfiguren Wertmasstab wäre, dann waren das wirklich Zeiten, als Wilhelm der Letzte die Siegesallee bauen liess und selbst der kleine Mann seine "Siegesallee" auf dem Vertikow hatte. "Das bessere Publikum" kaufte viel den "betenden Jüngling", erfahren wir von unserm Hitler-Fabrikanten. "Heute gehen noch Tiergruppen. Jede jungverheiratete Frau will einen Löwen oder Tiger haben." - Merkwürdig! Weshalb wohl junge Frauen eine Vorliebe für wilde Tiere haben? Psychoanalytiker vor die Front! "Da stehen ja auch einige Goethebüsten. Wie war es denn damit?" - "Vom Goethe-Jahr haben wir nichts gemerkt." - "Gottseidank" hätte ich beinahe laut gedacht.

"Nun noch eine Frage. Um Formen für die Abgüsse anfertigen zu können, brauchen Sie doch Modelle. Sind die sehr teuer, und wie erhalten Sie die Form?" - "Abgüsse von alten Bildwerken erhält man im Handel und fertigt danach eine Form an. Bei neuen Sachen kaufe ich von irgendeinem Bildhauer, der nicht zu teuer ist, ein Tonmodell. Zunächst stelle ich ein Gipsmodell her. Darüber wird die sogenannte Kappe gestülpt, die zwischen sich und dem Modell einen kleinen Hohlraum lässt. Durch eine Öffnung wird so lange beste Speisegelatine gegossen bis der Hohlraum ausgefüllt ist. Nach dem Erkalten ist das Negativ, die Gelatineform, fertig, und es lassen sich darin 50 bis 70 Abgüsse machen."

Der Italiener ist nicht deutscher Staatsangehöriger und kann deshalb nicht zum Reichstag wählen, aber Geschäft ist Geschäft, und heute sagt er wie soviel

Geschäftsleute: "Heil Hitler!" Die Vorkriegszeit ist hier wieder aufgelebt und hat in Gipsfiguren eine Adolf-Konjunktur erzeugt. Ach, wie schön! Adolf in Gips, wie echte Bronze aussehend, über dem Klavier in der guten Stube. Heil! Vorausgesetzt, dass er nicht vom Nagel fällt.

Kawi.

Pflege der Volkshygiene.[x]

SPD. Man wirft oft der Wissenschaft vor, sie vergesse vor lauter Wissenschaftlichkeit ihren eigentlichen praktischen Sinn und Zweck, nämlich fruchtbar in die Wirklichkeit einzugreifen und der Menschheit günstigere Lebensbedingungen zu schaffen. Man sagt, je praktischer ein wissenschaftliches Ergebnis sei, desto niedriger stehe es im Kurse bei den "Zünftigen". Unter diesem Gesichtspunkt ist es besonders begrüssenswert, dass es in Berlin ein Institut gibt, das nicht die Wissenschaft um ihrer selbst willen pflegt, sondern sich völlig in den Dienst der Praxis gestellt hat: die Preussische Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Luft-Hygiene. Ihre moderne Organisation bricht mit allen Traditionen. Sie hat die reinliche Scheidung der Fakultäten, den Zuständigkeitsfimmel, den Konkurrenzneid und Spezialistenhochmut ausgeschaltet: gemeinsam arbeiten Chemiker der verschiedensten Richtungen, Botaniker, Zoologen, Mediziner, Techniker, Tierärzte an einem und demselben Problem. Neben der wissenschaftlichen Forschungsarbeit übt die Anstalt eine gutachtlich-beratende Tätigkeit aus und macht ausserdem Männer der Praxis in Unterrichtskursen mit den neuesten Erkenntnissen vertraut.

Da es Aufgabe der Hygiene ist, vorzubeugen und nicht erst einzugreifen, wenn es zu spät ist, gibt es für die Landesanstalt sehr viel zu tun, zumal da ihr die ganze Wasserversorgung Preussens unterstellt ist. Berlin allein braucht täglich eine Million Kubikmeter Wasser, und es ist keine einfache Aufgabe, diese ungeheuren Wassermengen zu kontrollieren. Solange das Wasser völlig einwandfrei angeliefert wird, mag es zwar noch gehen. Vor einigen Jahren jedoch entdeckte man, dass das Wasser die Röhren zerfrisst und verschlämmt. Nach langen Untersuchungen fand man, dass die Kohlensäure des Wassers durch Entlüftung unschädlich gemacht werden musste, da sie es war, die das Metall auflöste.

Viele Probleme sind heute zwar technisch gelöst, aber nicht wirtschaftlich einfach, weil das Geld fehlt. So bemüht man sich, die Abwässer volkswirtschaftlich auszunutzen. Bis jetzt ist es gelungen, Faserstoffe und Phänonen zu gewinnen. Neuerdings will man auch die Rieselfelder zu Geld machen. Man lässt die festen Abfallstoffe der Kläranlagen in grossen Räumen ausfaulen und zieht daraus Gas, das zu Beleuchtungszwecken und als Treibstoff für Motore verwendet wird.

Auch die Lufthygiene liegt der Landesanstalt am Herzen, ganz besonders die Russ- und Staubbekämpfung in den Grosstädten. Das Problem ist deshalb besonders schwer zu lösen, weil eine Schwierigkeit die andere ablöst. Vermeidet man den Staub durch Teerstrassenbau, so erhebt sich die Frage, wie weit Teer der Gesundheit unzuträglich ist. Nimmt man reinen Asphalt, so entstehen durch die Glitschigkeit der Asphaltstrassen Verkehrsgefährdungen; bestreut man den Asphalt mit Kies, so entstehen neue Gefahren durch die Kiesstaubentwicklung. Augenblicklich ist man bemüht, durch bessere Verbrennung der Triebstoffe (Gas, Benzin usw.) die Verpestung der Luft zu mindern.

Als jüngste Disziplin ist der Landesanstalt die Bodenhygiene angegliedert, die zum grössten Teil in der "hygienischen Zoologie" besteht. Ganze Kulturen von Stechmücken, Schaben, Wanzen werden gezüchtet, um unter Mikros-

kop und in chemischer Analyse eingehend studiert zu werden. Professor Dr. Wilhelmi leitet diese Station, die grösste Europas. Hier sollen Mittel und Wege gefundenwerden, um das gesundheitsschädliche Ungeziefer auf wissenschaftlicher Basis zu bekämpfen. Dazu ist eine unendlich komplizierte Beobachtung der Arten, ihrer Lebensweise, Fortpflanzung, Ernährung usw. erforderlich Um die Wirkung anormaler Ernährung (z.B. einer Vergiftung) kennen zu lernen, ist es notwendig, die normale Ernährungsphysiologie vollkommen zu beherrschen Dass das Ungeziefer sich zu solch einem ungeheuer schädigenden Faktor für die Gesundheit von Mensch und Tier entwickeln konnte, ist eine ungewollte Begleiterscheinung der Zivilisation. Hotels, Mietskasernen, Stallungen, der Unrat de Städte wurden dem Ungeziefer willkommene Brutstätten. Im Kriege nahm die Ausbreitung des Ungeziefers erschreckende Dimensionen an. Wanzen und Schaben sind in unerhörtem Ausmasse Mitbewohner vieler Grosstadthäuser geworden und tragen in kaum glaublichem Masse zur Ausbreitung ansteckender Krankheiten bei Zunächst ist hier die rein mechanische Ansteckung durch Berührung zu beachten die Krankheitskeime bleiben am Tiere haften und kommen so auf den Menschen. Besonders häufig werden Rückfallfieber und Milzbrand durch infizierte Wanzen übertragen; die Wanze wird beim Saugakt zerdrückt und der Keim in die Saug- bezw. Kratzwunde eingeführt. Die Kratzwunden bei Ungezieferbissen sind überhaupt die gefährlichsten Eintrittsstellen für Streptokokken, die sich an den Fingernägeln befinden. Nach den Ergebnissen der Hygienischen Forschung ist also das alte Sprichwort "Wen's juckt, der kratze sich!" höchst verwerflich. Ebenso gefährlich wie die Wanze ist die Schabe. Sie überträgt die Bazillen durch den Kot. Milzbrand, Hühnercholera, Taubenpocken sind hauptsächlich Folgen der Infektion durch die Schabe. Auch der Krebs ist schon durch Schaben auf dem Umwege über Haustiere auf den Menschen übertragen worden, doch sind die Untersuchungen auf diesem Gebiete noch nicht abgeschlossen. Hingegen ist die Tuberkuloseübertragung durch die Schabe einwandfrei festgestellt. Der gefährlichste Tuberkuloseträger ist die Stubenfliege, die auch Typhus und Ruhr überträgt. Besonders an den Haftklappen der Füsse, die jeden Schmutz berühre sitzen die Bakterien. Ähnlich überträgt die Laus das Fleckfieber. Der einzig Ueberträger des Hundebandwurms ist der Floh, und zwar dadurch, dass die Hunde ihre mit der Milbe infizierten Flöhe fressen.

Alle mechanischen und chemischen Mittel haben bisher noch nicht einmal zu einer Dezimierung der kleinen Gesundheitsschädlinge führen können. Nun sucht man auf Grund der Ernährungsphysiologie ein Gift zu finden, das spezifisch auf jede Art von Insekt wirkt, ohne andre Lebewesen in Mitleidenschaft zu ziehen. Aber auch wenn man dieses Gift gefunden haben wird, wirksam kann es nur werden durch die einheitliche, organisierte Bekämpfung, Die wissenschaftlichen Kreise wollen eine Polizeiverordnung, nach dieser ein Reichsgesetz erzielen, wonach die Bekämpfung des Ungeziefers den Kommunen zur Pflicht gemacht wird. Die Stechmücken sind z.B. im Sommer nur durch eine kostpielige Entwässerung der Sümpfe zu bekämpfen, im Winter, wenn sie sich in den Kellern und Kanalisationen aufhalten, nur durch restlose Vergasung der Keller und Kanalröhren. Die ersten Anfänge eines systematischen Feldzuges gegen den grösten Gesundheitsschädling, die Ratte, sind in den zweimal jährlich angesetzten Ratten-Grosskampftagen bereits gemacht worden. Die Ratte ist bekannt als Ueberträger der Pest. Aus den stationären Pestzentren kommen ständig infizierte Ratten nach Europa, und obwohl strengste Quarantäne aller verdächtigen Schiffe stattfindet, konnte doch zuletzt 1920 die Beulenpest in Paris aufflackern. Ausserdem sind Typhus, Ruhr, Tuberkulose, Schweinepest, Geflügelcholera die ständigen Begleiter der Ratte, die auch durch die Trichinenkrankheit besonders gefährlich wird. Der vor wenigen Jahren bekannt gewordene Fall schwerer Trichinose in Stuttgart durch Genuss eines Bärenschinken ist zweifellos nur dadurch möglich geworden, dass der Bär eine Ratte gefressen hatte. Ausschliesslich durch Ratten wird auch die Maul- und Klauenseuche übertragen; es genügt ein blosses Hinweglaufen der Ratten über die Streu der Ri-

der, um die Seuche von Stall zu Stall zu verschleppen. Der wirtschaftliche Schaden durch die Ratte beläuft sich in Deutschland alljährlich auf viele Millionen Mark. 1907 wurde er schon im kleinen Dänemark auf 7 Millionen Kronen veranschlagt, 1920 in England auf 15 Millionen pfund Sterling. Inden USA schätzt man den jährlich durch Ratten verursachten Schaden auf 100 Millionen Dollar, d.h. es geht dort in jedem Jahre die Arbeitskraft von 200 000 Menschen für die Schaffung des Rattennahrungsbedarfes verloren!

Biologische Kampfmethoden - die Schädlinge durch ihre natürlichen Feinde zu vernichten - haben nur geringen Erfolg gehabt; Gifte in flüssiger, fester oder Gasform haben sehr oft zugleich Nutztieren und Menschen Schaden gebracht. Das Mittel zu finden, das ausschliesslich auf die Schädlinge wirkt, ist eine der vielen wichtigen Aufgaben der Preussischen Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene. H.E.

Weibliche Badekleidung.[x]

SPD. Zwischen dem Evakostüm, in welchem die germanischen Frauen zur Zeit des Tacitus gemeinschaftlich mit den Männern in Flüssen und Seen badeten, und den winzigen amerikanischen Badeanzügen neuster "Konstruktion", die den Rücken und noch mehr völlig frei lassen, besteht kein übermässig grosser Unterschied. In den fast 2000 Jahren aber, die dazwischen liegen, hat die weibliche Badekleidung verschiedene Wandlungen durchgemacht.

Während des Mittelalters trugen die Frauen in den öffentlichen Bädern ein an den Seiten geschlitztes Hemd, das im Wasser hinterherschwamm und kaum als Bekleidung bezeichnet werden konnte. Zu jener Zeit herrschte in Deutschland eine wahre Badeleidenschaft, die ihren Höhepunkt im 14. und 15.Jahrhundert erreichte. Damals bildeten die Bäder den Mittelpunkt der Geselligkeit; die kleinsten Dörfer hatten ihre Badestube, in der beide Geschlechter, häufig ohne jegliche Bekleidung, zusammenkamen und sich stundenlang im Wasser tummelten. In den Städten war das Männer- und Frauenbad manchmal durch ein Gitter oder eine niedrige Wand getrennt, die den freien Blick jedoch keineswegs hemmte. Ueber das Leben und Treiben in öffentlichen Bädern und über die Badekleidung erhalten wir mancherlei Aufschlüsse aus einer Schrift des italienischen Humanisten Braccolini (1380-1459), der als päpstlicher Sekretär dem Konstanzer Konzil beiwohnte und von dort aus das damalige Modebad Baden bei Zürich besuchte. In anschaulicher Weise schildert er, wie in denfür die einfachere Bevölkerung bestimmten Bädern beide Geschlechter ohne jegliche Bekleidung badeten, während in denen der vornehmen Welt besondere Räume für Männer und Frauen vorhanden waren. In der trennenden Wand befanden sich allerdings grosse Fenster, damit man sich miteinander unterhalten konnte. Obwohl die weibliche Jugend in losen Hemden badete, wurde der Anstand angeblich niemals verletzt. Ueber die Bekleidung der Frauen schreibt Braccolini u.a.: "Nichts aber kann reizender zu sehen und zu hören sein, als wenn eben mannbare oder schon in voller Blüte stehende Jungfrauen, an Gestalt und Benehmen Göttinnen gleich, zu diesen Instrumenten (- man musizierte vielfach im Bade -) singen, ihr leichtes, zurückgeworfenes Gewand auf dem Wasser schwimmt und jede eine andere Venus ist."

Im 16. und 17.Jahrhundert trug man Badekappen aus Stroh, die kaum zum Schutze der Haare gegen Nässe gedient haben können. Ebenso wenig sollten sie gegen die Sonne schützen, denn sie wurden auch in geschlossenen Bädern getragen. Neben dieser Strohkappe waren als Kopfbedeckung im Bade eine Zeitlang Turbane, Leinwandkappen und Federbaretts Mode. Als Schutzmittel gegen das Nasswerden der Haare erschienen Kappen zuerst im Anfang des 18.Jahrhunderts.

Als Brautgabe hat die Badebekleidung einst ebenfalls eine gewisse Bedeu-

tung gehabt. Seit dem Mittelalter bis in das 18.Jahrhundert hinein pflegte die Braut dem Bräutigam für das vor der Hochzeit übliche Bad die Wäsche zu schenken. Da hiermit häufig grosser Luxus getrieben wurde, erliessen die Behörden genaue Vorschriften über den Wert der Gabe. In einer Verordnung aus Lübeck heisst es, dass Badehemd und Kappe nicht mehr als 8 Mark zusammen kosten dürften. In Nürnberg bestimmte ein Erlass, dass die Braut dem Bräutigam nur ein Badehemd schenken solle, in Rostock nur eine Badekappe, 2 Kopftücher, die als Turban Verwendung fanden, und einen Badebeutel für den Kamm und anderes Gerät zur Haar- und Bartpflege.

Die als Reaktion gegen die Verwilderung der Sitten während des dreissigjährigen Krieges um die Mitte des 17.Jahrhunderts beginnende Steifheit in Wesen und Tracht übte auch auf die Badekleidung ihren Einfluss aus. Martin Zeiller, der Verfasser des ersten, in deutscher Sprache abgefassten, 1651 erschienenen Reiseführers, gibt eine Schilderung aus dem Herzogsbad in Baden bei Wien, wo beide Geschlechter zusammen badeten, "das Weibervolk mit teils angethanen Ueberschlägen, Zier und Schmuck um den Kopf auf österreichische Manier gebutzt, lassen den Saum an den Baderöcken mit Bley einnähen, damit solche nit über sich schwimmen können." Das 18.Jahrhundert brachte eine noch strengere Verhüllung körperlicher Reize; die Frauen trugen bis auf die Füsse fallende, mit Spitzen verzierte Badehemden aus undurchsichtigem Stoff wie Barchent usw., damit man die Körperformen nicht erkennen konnte, oder eine weite, dicke Barchentjacke und einen Unterrock. Noch prüder aber war das 19.Jahrhunderdert, denn es brachte den ängstlich bis zum Kinn geschlossenen Badeanzug mit weiter Hose, Korsett, Strümpfen, Schuhen, Badehut oder Mütze; eine Tracht, die selbst die reizendste Frau in ein Ungetüm, eine Vogelscheuche verwandelte. Unsre Zeit brachte dann den gewaltigen Umschwung in der Badekleidung, die allerdings manchmal gar zu offenherzig ist. Kokette Enthüllungen sind an der Tagesordnung; die auf ein Minimum reduzierten Badeanzüge sind häufig nur auf gefallsüchtige Darstellung des Körpers berechnet. Zweifellos werden hier nicht selten die Grenzen des Anstandes überschritten.

Ernst Edgar Reimerdes.

SPD. Fieber-Messen in 10 Sekunden![x] Unsere fast allgemein im Gebrauch befindlichen Quecksilber-Fieberthermometer haben die unangenehme Eigenschaft, sehr langsam zu reagieren. Ausserdem sind sie sehr ungenau, wovonman sich überzeugen kann, wenn man sie in warmes Wasser legt. Die Unterschiede der angezeigten Temperatur gehen bis zu einem halben Grad. In die Achselhöhle eingelegt, zeigen sie die Temperatur erst nach 5 bis 10 Minuten einigermassen genau an. Das ist für einen Schwerkranken, den jede Bewegung anstrengt, eine sehr lange Zeit und somit eine oft recht unangenehm empfundene Belästigung. Das neue Fieberthermometer, das kürzlich an der Mayo-Klinik in U.S.A. in Gebrauch genommen worden ist, erscheint demgegenüber als grosser Fortschritt: mit Hilfe eines Thermo-Elements, das Wärme in Elektrizität umwandelt, soll es möglich sein, Temperaturen an beliebigen Körperstellen innerhalb von 10 Sekunden auf Zehntelgrade genau zu messen. Das Instrument kann auf jede Hautpartie des Körpers angesetzt werden. Damit ist aber seine Verwendbarkeit noch nicht erschöpft. Mit Hilfe einer Sonde soll man auch die Temperatur von Körperflüssigkeit, z.B. der Rückenmarksflüssigkeit, messen können. Ferner soll das Instrument auch bei der Erkennung infektiöser Krankheiten und zur Bestimmung von Entzündungsherden gute Dienste leisten.

Auch in Deutschland ist bereits ein ähnliches Instrument, ein sogenanntes Oberflächen-Pyrometer, im Handel, doch hat es sich trotz seiner Vorzüge bisher leider wenig eingebürgert.